: antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 22.1.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

AfD-Parteitag in Bremen

Bremen. Rund 3000 Mitglieder haben sich bereits für den vom 30.01. bis 01.02. in Bremen geplanten Parteitag der sog. „Alternative für Deutschland" (AfD) angemeldet. Dabei bietet die Halle nur 1600 Plätze. Schon kommt der Ruf aus der AfD-Mitgliedschaft nach Verlegung des Parteitags in eine größere Halle. Notfalls in einer anderen Stadt. Immerhin geht es auf diesem Parteitag um die künftige Führungsstruktur der Partei. Dabei hat die Mehrheit der AfD-Landesverbände bereits die Dreierspitze abgeschafft. Dies will das Lager um Bernd Lucke auch auf Bundesebene durchsetzen. Konflikte sind da vorprogrammiert. Das „Bündnis gegen Rassismus und Rechtspopulismus" hat bereits Proteste „in Hör- und Sichtweite" gegen das AfD-Treffen angekündigt. Unterdessen haben in Frankfurt am Main Mitglieder der AfD aus unterschiedlichen Konfessionen die überparteiliche Vereinigung „Christen in der AfD" (ChrAfD) gegründet. Diese will u.a. als Gesprächspartner für die Kirchen fungieren. Gleichzeitig wurde von den Anwesenden ein „Frankfurter Bund" gegründet, der den Aufbau der „ChrAfD" unterstützen soll. Zu den Gründungsmitgliedern gehören u.a. Martina Kempf, Anette Schultner und Christoph von Mohl.

hma ■

„Die Rechte"-Kundgebung wg. NSU

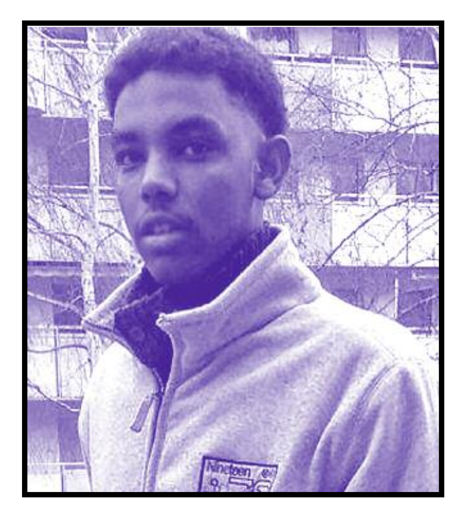
München. Die neofaschistische Partei „Die Rechte" in München hat für den 3. März eine Kundgebung vor dem Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße angekündigt. Die Kundgebung soll unter dem Motto „Schluß mit dem ‚NSU'-Schauprozeß – Freiheit für Ralf Wohlleben!" um 8.15 Uhr beginnen. Es sei „kein objektives Verfahren um den vermeintlichen „NSU" mehr möglich", heißt es in dem Aufruf. „Die Rechte" fordert daher „die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Ralf Wohlleben und dessen Freilassung aus der Untersuchungshaft". Als Redner auf der Kundgebung werden Philipp Hasselbach, Hart-

Aus dem Inhalt:

Warum starb Khaled Idris Bahray?

Mord an einem Geflüchteten in Dresden

Khaled Idris Bahray, ein 20-jähriger Flüchtling aus Eritrea, wurde tot vor seiner Wohnung in Dresden gefunden. Während die Polizei zunächst „eine Fremdeinwirkung Dritter" ausschloss, gehen Freunde und Mitbewohner von ihm von einer Gewalttat aus. Nun ermittelt doch die Mordkommission in Dresden.



Seit Gestern gibt es Gewissheit, Khaled Idris Bahray wurde ermordet. Der aus Eritrea geflohene Mann hatte sich am Montagabend kurz zum Einkaufen in den nahegelegenen Supermarkt bei seinen Mitbewohnern abgemeldet und kam nie wieder. Am Morgen darauf fand ihn ein Sozialarbeiter tot auf einer Wiese am Hintereingang seines Wohnhauses im Stadtteil Leubnitz-Neuostra. In der Hoffnung auf ein besseres Leben, starb Khaled mitten unter uns, er wurde nur 20 Jahre alt. Für die zum Tatort gerufene Polizei offenbar ein Routinefall, dass der Asylsuchende Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte, schlossen sie aus. Kurz nach dem Auffinden der Leiche traten erste Ungereimtheiten zutage, Freunde und Bekannte des Toten berichteten von regelmäßigen Beschimpfungen und Drohungen, ein Nachbar davon, dass an der Wohnungstür des Toten erst kurz vor Silvester zwei Hakenkreuze geschmiert worden waren. Ein rassistisches Motiv für die Tat, so unsere Einschätzung, kann und darf bei den Ermittlungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Die Polizei, die nach Angaben der Dresdner Morgenpost erst 30 Stunden nach dem Mord mit der Spurensicherung vor Ort war, um Beweise zu sichern, befragte gestern ausschließlich Angehörige und Bekannte des Opfers. Nach der Bekanntgabe der gestern Nachmittag veröffentlichten Obduktionsergebnisse, nach denen das Opfer mehrere Stichverletzungen im Hals und Bauchbereich hatte, bleibt fraglich, wie das beim Vorfinden des Toten übersehen werden konnte. Als erste Reaktion kam es gestern Nachmittag zu einer Mahnwache auf dem Jorge-Gomondai-Platz (Fotos). In sehr emotionalen Redebeiträgen durch Freunde von Khaled berichteten diese davon, dass sie sich seit Wochen Montags nicht mehr auf die Straße trauen, weil immer wieder aggressive Teilnehmerinnen und Teilnehmer der wöchentlichen PEGIDA-Demonstrationen an ihre Eingangstür treten und sie aus vorbeifahrenden Autos heraus wüst beschimpfen. Auch eine Frau aus Südamerika, die seit mehr als zehn Jahren in Dresden lebt, erzählte, dass sie noch nie so viel Angst hatte auf die Straße zu gehen, wie in diesen Tagen. Die Mahnwache sollte ein erstes öffentliches Zeichen setzen, um den Menschen damit einen gemeinsamen Ort der Trauer zu schaffen.

Im Anschluss daran zogen die etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Albertinum im Stadtzentrum, wo zu gleicher Zeit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zu einem Neujahrsempfang unter dem Motto „Aus aller Welt – zu Hause in Sachsen" geladen hatte. …

In einer Pressemitteilung der Linksfraktion im Sächsischen Landtag appellierte Juliane Nagel daran, „den Tod von Khaled zügig aufzuklären und dabei eine mögliche rassistische Tatmotivation sorgfältig zu prüfen". „In vielen anderen Fällen, wie beispielsweise dem Mord an dem erst 19-jährigen Kamal 2010 in Leipzig, wurde ein solches Motiv trotz zahlreicher Indizien frühzeitig ausgeschlossen." …

Noch am gestrigen Abend (15.1.) kam es zu einem großen Treffen im Alternati-

Fortsetzung Seite 2 unten

mut Wostupatsch und Roland Wuttke angekündigt.

hma ■

„Pegida" als Verein

Dresden. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) um Lutz Bachmann haben sich in der sächsischen Landeshauptstadt in das Vereinsregister eintragen lassen. Auf einer Gründungsversammlung am 14. November vergangenen Jahres wählten die zwölf Anwesenden Lutz Bachmann zum Ersten Vorsitzenden. René Jahn wurde Zweiter Vorsitzender und Kathrin Oertel Kassiererin. Der Verein hat seinen Sitz mit einer Postfachadresse in Dresden, berichtete die „TAZ". In seiner Satzung gibt der Verein an, „gemeinnützige Zwecke" zu verfolgen und die „politische Wahrnehmungsfähigkeit" und das „politische Verantwortungsbewusstsein" fördern zu wollen. *hma* ■

Intoleranz und Hass entgegentreten!

ver.di zur Diskussion um die Pegida-Demonstrationen

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter treten für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben und für eine sozial gerechte Weltordnung ein. So steht es in der Satzung der Gewerkschaft ver.di. Die Vorgänge um die Pegida-Demonstrationen können uns daher nicht kalt lassen.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist dafür, dass Deutschland weiter Flüchtlinge aufnimmt. Die Pegida-Anhänger vertreten die gegenteilige Auffassung. Bei ihnen paart sich das häufig mit einer unübersehbaren Distanz zur Politik, ja zum Teil mit unverhohlener Verachtung für Parteien und Politiker. Das Wort von der „Lügenpresse" macht unter Pegida-Demonstranten die Runde. Viele unter ihnen glauben, dass das, was sie im Alltag bewegt, von Politik und Medien nicht aufgegriffen oder sogar unterdrückt wird.

Nachdem zunächst Hooligans, Skinheads oder rechte Schlägertrupps vergeblich versucht hatten, die Abscheu vor der Barbarei des sogenannten Islamischen Staates (IS) für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und sich gesellschaftlich als Stoßtrupp gegen die Islamisierung zu profilieren – zu abstoßend war ihr Auftreten –, nun ein neuer Anlauf, um das Thema nach rechts andockfähig zu machen: jetzt biederer daherkommend, mit einer Propaganda, die eine „Islamisierung des Abendlandes" herbeifantasiert und sich dabei gegen Vernunft und Tatsachen abschottet.

Wie viele Muslime leben in Deutschland? Laut einer Umfrage meinen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, es seien 19 Prozent. In Wahrheit sind es sechs Prozent.

Die Angst vor einer Islamisierung ist am größten dort, wo die wenigsten Muslime leben. In Nordrhein Westfalen, wo jeder dritte Muslim zu Hause ist, fühlen sich von radikalen Islamisten, IS und salafistischen Hasspredigern 46 Prozent bedroht. In Sachsen, wo kaum Muslime leben, sind es 70 Prozent. Gegen Terror und religiös motivierte Gewalttäter muss man vorgehen. Hier werden aber noch andere Ängste sichtbar: Dies ist Ausdruck einer Öffentlichkeit, die sich durch Präsenz und Praxis einer Glaubensgemeinschaft herausgefordert fühlt, weil sie um ihren Identitätskern fürchtet. Pegida versucht, das zu instrumentalisieren mit dem Appell an den „patriotischen" Europäer, der sich vor einer „Islamisierung des Abendlandes" fürchtet.

Gerade in Deutschland, wo im Vorfeld des Nationalsozialismus vor der sogenannten „Verjudung" der deutschen Gesellschaft gewarnt wurde und der Druck und die Nöte der von der Weltwirtschaftskrise Bedrohten gegen eine religiöse Minderheit, gegen Demokratie, Parteien und die sogenannte „Systempresse" kanalisiert wurden, sollten wir sensibel sein, wenn heute eine religiöse Minderheit zum Sündenbock für strukturelle Probleme gemacht wird. …

Die vollständige Erklärung auf der Web-Site von ver.di:
https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++bc340702-9afd-11e4-9bdf-52540059119e

Die extrem Rechte formiert sich neu

Neue Strukturen und Strategien zwischen AfD und HoGeSa/Pegida – Was dagegen tun und wie?

Nach der Kölner HoGeSA-Demonstration kommentierte das extrem rechte Blatt „Junge Freiheit":
„Anders als islamistische Kleinparteien oder Organisationen hat eine Bewegung wie ‚HoGeSa' durchaus Bürgerkriegspotential. Dass einheimische Weiße sich auch handgreiflich gegen die geistige Enteignung ihres Landes durch Islamisierung und Multikulturalismus wehren könnten, hatte die politisch-mediale Klasse … bisher nicht auf der Rechnung. Es wird sich erweisen, ob die Kölner Großkundgebung Auftakt zur Etablierung einer anwachsenden Protestbewegung war … oder Strohfeuer bleibt."

Das ist Volksverhetzung als Strategie. Die extrem Rechte scheint sich neu zu formieren:
An vielen Orten sammeln sich inzwischen „Pegida"-Gruppen („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes"), die auch von Teilen der eher parlamentarisch orientierten AfD unterstützt werden. Und daneben baut sich noch ein gewaltbereites Potential auf.
Welche Auswirkungen hat das, was müssen die demokratischen Kräfte heute leisten?

Wir diskutieren mit:
Nils Merten, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen
Hintergründe und Perspektiven der „Hooligans gegen Salafisten"-Bewegung und der Pegida-Bewegung

Alexander Häusler, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus (FORENA) der FH Düsseldorf
Die AfD und der rechte Kulturkampf

Samstag, 7. Februar 2015, 13 bis 17.00 Uhr
Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Südtrakt, Großes Forum, Melchiorstr., 50670 Köln

Veranstalter:
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund d. Antifaschisten Köln
Fraktion die Linke im Rat der Stadt Köln
In Zusammenarbeit mit ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Antifaschistische Nachrichten
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Tel. 0221-2116 58

Fortsetzung von Seite 1

ven Zentrum Conni, an dem auch sehr viele Asylsuchende teilnahmen. Auch dort berichteten sie wieder vom Klima in der Stadt und den Bedrohungen, denen sie sich tagtäglich ausgesetzt fühlen und forderten Unterstützung. Bereits kurz nach Bekanntwerden der Tat war es auf der Facebook-Seite der Dresdner Morgenpost mehrfach zu Beschimpfungen und rassistischen Äußerungen gekommen. Das „Netzwerk Asyl, Migration, Flucht" (NAMF) rief zu Solidarität mit den von Rassismus betroffenen Menschen in Dresden statt zum Dialog mit PEGIDA auf. „Seit einigen Monaten können Migrant*innen in Dresden nicht mehr sicher vor die Tür gehen. Immer wieder kommt es zu rassistischen Beleidigungen und zu Attacken. Dies passiert im Kontext der PEGIDA-Bewegung und ist eine direkte Folge der Hetze, die jeden Montag von diesen Demos ausgeht. PEGIDA hat es geschafft, offenen Rassismus in Dresden wieder salonfähig zu machen. … Aus gegebenen Anlass wird am Samstag in Dresden um 15 Uhr eine Demonstration stattfinden, als vorläufiger Treffpunkt wurde der Albertplatz ausgegeben.

https://www.addn.me/ ■

Warum die Friedensbewegung sich als aufklärerisch verstehen und von irrationalen „Wutbürgern“ unterscheiden muss

Von Paul Schäfer (Zweiter Teil)

Und hier sind eben die Berührungspunkte zwischen Teilen der Friedensbewegung und den mal esoterisch, mal neurechts angehauchten apokalyptischen Szenarien, die im Internet als Warnung vor dem Dritten Weltkrieg herumspuken. Einer der Wortführer der „neuen Friedensbewegung“, der Journalist Ken Jebsen warnt auf seinen Internet-Seiten auch davor, dass der Dritte Weltkrieg morgen schon losgehen kann, weil Russland natürlich Atomwaffen einsetzen wird, „wenn wir es weiter in die Ecke drängen“. Ein solcher Fall könnte auch eintreten, wenn die USA die ukrainischen Atomkraftwerke bombardieren würden, um dies anschließend Putin in die Schuhe zu schieben. Man erkennt das Muster: Die wüstesten Spekulationen werden mit größtmöglichem Alarm zusammengerührt. Nun ist es mit Sicherheit eine Aufgabe der Friedensbewegung vor gefährlichen und gewaltfördernden Tendenzen in der Internationalen Politik zu warnen; ihre Sache aber nimmt größtmöglichen Schaden, wenn sie in der Öffentlichkeit als wirklichkeitsfremd und abgedreht, wahrgenommen wird.

Es ist anti-aufklärerisch, den jetzigen Konflikt nur als Ergebnis „westlicher Geostrategie“ zu deuten. Als ob die inneren Konflikte in der Ukraine (Maidan und Anti-Maidan) und die Wünsche und Hoffnungen vieler dort lebenden Menschen, die sich nicht völlig grundlos auf „Europa“ richten und eben nicht auf „Russland“, keinerlei Rolle spielen würden! Und man rede sich nicht damit heraus, dass diese Artikulationen der Menschen auf dem Maidan oder anderswo nur das Resultat „westlicher Manipulationsapparate“ gewesen sei. Dass die Menschen in den osteuropäischen Ländern mit Russland gewisse Ängste verbinden, hat eben auch was mit Geschichte und nicht mit Gehirnwäsche zu tun. Auch ihre Bestrebungen, endlich als eigenständige Nationen wahrgenommen zu werden, können nicht einfach übergangen werden. Offensichtlich hat sich auch die politische Führung in Moskau falsche Vorstellungen von der Einstellung der Menschen in der Ukraine gemacht und auf einen gegen Europa/pro Russland gerichteten Volksaufstand zumindest im Osten des Landes gesetzt. Warum sonst muss jetzt diese ausgebliebene Volkserhebung durch russische Waffen und Urlaubssoldaten ausgeglichen werden?

Es ist anti-aufklärerisch, wenn die geopolitischen Ambitionen Russlands unter Putin und dessen autokratische Herrschaft unterschlagen oder auch nur geflissentlich erwähnt werden. Natürlich wehrt sich die russische Regierung, weil sie sich in die Enge gedrängt fühlt. Und der Widerspruch zur Politik der „westlichen Staaten“ in NATO und EU, die die Schwäche Russlands in selbstgefälliger und ignoranter Weise meinen, ausnutzen zu müssen, ist vollauf berechtigt. Aber dass die Führung eines Landes, dessen Bruttoinlandsprodukt so groß ist wie das Italiens, gleichwohl meint, eine Weltmacht zu sein, möglichst auf Augenhöhe mit den USA, und eine entsprechende Machtpolitik zu exekutieren versucht, das soll kein Problem sein? Im heutigen Russland ist dieses Dilemma – Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und tatsächlichem Status – bis heute unaufgearbeitet geblieben. Das Problem wird paranoid überspielt (man lese die jüngsten Reden Putins) und durch einen gesteigerten nationalen Patriotismus überkompensiert. Und das schafft, wenn es sich in völkerrechtswidrigen Gewaltaktionen entlädt – neben der unverantwortlichen westlichen Eskalationspolitik – genau das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben. Schließlich sollte noch gesagt werden: Russischer Nationalismus ist nicht besser als ukrainischer.

Summa summarum: Ohne die nötige kritische Distanz zu einem autokratischen Regime, das seine eigenen Machtinteressen verfolgt, wird die „Friedensbewegung“ nur zu einem Spielball der gegenwärtigen Machtkonflikte, auf ihre Eigenständigkeit aber kommt es gerade an.

Mir sind diejenigen, die als früher Friedensbewegte heute zu scharfer Politik der westlichen Staatenbündnisse gegen die Russische Föderation aufrufen, auch suspekt, genauer gesagt: zuwider. Wer nur die Menschenrechte im Auge hat und die Schrecken kriegerischer Gewalt ausblendet, kann nicht von erhöhter moralischer Warte aus sprechen. Aber wer sich in seiner Politik nur von „geostrategischen“ Einordnungen und Annahmen leiten lässt („Anti-Imperialismus“) und dabei die konkrete Lage der betroffenen Menschen, ihre Bedürfnisse übergeht, kann ebenso wenig als „Weltenretter“ auftreten.

Es ist anti-aufklärerisch, wenn behauptet wird, diese Mobilisierung zum Krieg würde maßgeblich von der deutschen Bundesregierung betrieben.

Was der Bundesregierung vorzuwerfen ist, dass sie denjenigen in der EU, die meinten die Ukraine vor den Knoten einer Entscheidung „EU vs. Russland“ schieben zu müssen, nicht scharf entgegengetreten ist, ja sogar den Eindruck erweckte, sie trüge diesen Kurs mit. (Es dauerte, bis Merkel diesem Ansatz zumindest deklaratorisch widersprach)

Was der Bundesregierung vorzuwerfen ist, dass sie die auf einseitiger Schuldzuweisung basierende Sanktionspolitik gegenüber Russland konsequent mitträgt – und damit eine Verhandlungslösung erschwert.

Was der Bundesregierung vorzuwerfen ist, dass sie die spannungsverschärfende militärische Symbolpolitik der NATO widerspruchslos mitträgt.

Andererseits: Es war die Bundesregierung, die sehr früh eine Art konstruktiven Krisenmanagements gegenüber dem eskalierten Konflikt innerhalb der Ukraine und auch im regionalen Maßstab betrieben hat. Dass die erste Initiative Steinmeiers durch eine Art Putsch der rechten Kräfte zunichte gemacht wurde, kann man dem deutschen Außenminister kaum vorwerfen. Auch das Minsker Abkommen, bis heute die einzig tragfähige Grundlage für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen wurde durch die Bundesregierung vermittelt. Es war Steinmeier, der deutlich gemacht hat, dass die Ukraine zwar den NATO-Anschluss wünschen könne, ein Beitritt auf absehbare Zeit aber nicht in Frage komme (hinter vorgehaltener Hand heißt es in Berlin, dass die Ukraine weder der NATO noch der EU in den nächsten zwanzig Jahren beitreten werde – weil die Bedingungen schlicht nicht gegeben seien…)

Fazit: Eine kriegsvorbereitende und militärisch mobilisierende Politik sieht jedenfalls anders aus. Und auch hier komme ich zu dem Schluss: Es reicht, die tatsächliche Politik der Bundesregierung zu kritisieren und auf eine neue, entspannungsfördernde, de-eskalierende Ostpolitik zu drängen – da braucht es keine wirklichkeitsverzerrende Agitation und Propaganda.

Die „Lügenpresse“ als Denk-Stereotyp

Schließlich: Wer die heutige Protestszene sorgfältiger beobachtet, wird um die Beobachtung nicht herumkommen, dass in diesen Milieus die Erzählung einer umfassenden Medienmanipulation besonders populär ist. Sie ist immer mit der Behauptung verknüpft, die je eigene Bewegung würde in großem Stil diffamiert, ja

verfolgt. Es folgt der trotzige Ruf, dass es die Mission der Bewegung sei, den herrschenden Lügen entgegenzutreten und überall die Wahrheit zu verkünden.

Die Story kann dabei nicht drastisch genug sein: In der Bundesrepublik sei eine Art McCarthyismus losgebrochen, hören wir in Jebsens TV. Nota bene: In der McCarty-Ära zu Beginn der fünfziger Jahre in den USA verloren in den USA tausende „Staatsfeinde“, „Kommunisten“ „Ostspione“ ihren Job, viele wanderten gar ins Gefängnis, einige kostete die hemmungslose Hetzjagd gar den Kopf. Da stellt sich schon die Frage: In einer solchen Lage sollen wir sein? Geht`s noch? In welchem Lande lebt derjenige, der solches behauptet?

Die Logik dieser Erzählung ist simpel: Weil die Herrschenden nun mal diese Bewegungen fürchteten, müssten diese daher gespalten und unterdrückt werden. Abgesehen davon, dass die Knie der Merkels, der von der Leyens angesichts von 6000 Friedens-Demonstranten kaum zittern dürften, erfüllt diese Darstellung vor allem eine Funktion: Sie soll gegen Kritik immunisieren, die alten Feindbilder bestätigen und die Gruppe zusammenschweißen. Welch wichtige sozialpsychologische Funktion eine solche Weltsicht hat, kann man gut in den auf den Online-Seiten des Wortführers Ken Jebsen (KenFM) und den dort dokumentierten Montagsdemo-Reden nachfühlen: Ihr seid wichtig, weil ihr verfolgt und unterdrückt werdet, ihr seid was Besonderes, weil ihr das bestehende Manipulationssystem durchschaut. Und weil ihr die Lügen durchschaut habt, werdet Ihr schließlich doch Recht bekommen.

Nur um Missverständnisse zu vermeiden: Der Umkehrschluss gilt nicht, dass es keine Nachrichtenunterdrückung, keine wahrheitsverfälschenden Darstellungen oder auch keine antirussischen Hetz-Reden gäbe, usw. Hier geht es schlicht darum, dass die hermetisch abgeriegelten Weltbilder, die wir in Teilen des neuen Protestmilieus finden, Sektenmentalität fördern und das Streben nach reaktionären Lösungen („Man wird doch wohl noch sagen dürfen“…) begünstigen.

Nötig: Klare Abgrenzung nach rechts, Öffnung zur Mitte der Gesellschaft

Ich komme nach alledem zum Schluss: Eine Bewegung, die so stark von Irrationalismus (Feindbilder, Stereotype, Hass) geprägt ist, und die sich nach rechts hin öffnet, wird eher Wasser auf die Mühlen der organisierten Rechten sein, (und dies gilt gerade mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen um PEGIDA) als einer emanzipatorischen Friedensbewegung zugutekommen. Mein Vorwurf an diejenigen in unseren Reihen, die diese Linie mittragen, ist nicht, dass sie zu Aktionen aufrufen in diesem Winter aufrufen. Das ist bitter nötig. Es geht auch nicht darum, eine strikte Abgrenzung gegenüber neuen und schwierigen Formen des Widerspruchs zur herrschenden Politik zu verfolgen – der Dialog mit Teilen dieser Bewegung kann durchaus sinnvoll sein.

Mein Vorwurf lautet: Wer sich blind gegenüber den Risiken dieser neuen „Allianzbildung“ stellt, darf sich nicht wundern, wenn am Ende diejenigen ernten, die eine im Kern antizivilisatorische Politik verfolgen. Und daher ist es dringend notwendig, die Auseinandersetzung innerhalb der „linken“ Friedensbewegung weiter zu führen, wie heute eine vernunftgeleitete und auf breite Resonanz stoßende Friedensarbeit aussehen könnte. Die Möglichkeiten, breitere Teile der Bevölkerung, und darunter selbst konservative Milieus, zu erreichen, werden nicht zuletzt durch den Aufruf der 60 verdeutlicht. Warum also am rechten Rand fischen, der diese Möglichkeiten geradezu verbaut, weil die Friedensbewegung dadurch eher in Misskredit gerät?

Paul Schäfer ■



Gegen Kögida, 5.1.

Gegen islamistischen Terror und dessen Funktionalisierung für Aufrüstung und Militarisierung

Die fürchterlichen Anschläge in Paris haben -grob gesprochen- zwei Reaktionsmuster zur Folge. Einerseits Ablehnung von jeglichem (religiösen) Fundamentalismus in breiten Bevölkerungsteilen – Millionen sind in den letzten Tagen in Europa auf die Straße gegangen: in Solidarität mit den Opfern und für Toleranz! Und wie die jüngste Entwicklung in Deutschland zeigt sind die Anti-Pegida-Demos weit stärker als die der „patriotischen” Fanatiker.

Andererseits wird das mehr als verständliche Ablehnen des islamistischen Terrors (der nichts mit „dem” Islam gemein hat – wie auch das Christentum nicht pauschal für die Metzeleien der Kreuzzüge verantwortlich gemacht werden kann) von konservativen, aber auch sozialdemokratisch geführten Regierungen dazu missbraucht, um die Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben: da werden in Frankreich 10 000 Soldaten zum „Schutz” mobilisiert, da treffen sich die EU-Innenminister und entwerfen „Anti-Terror-Strategien” mit noch mehr Überwachung und Schnüffelei und – die Alpenrepublik darf da natürlich nicht fehlen – da will Mikl-Leitner die Polizei radikal aufrüsten: von einem dreistelligen Millionen-Betrag ist die Rede und Finanzminister Schelling signalisiert bereits „Verständnis”…

Man/frau braucht kein gewiefter Gesellschaftsanalytiker zu sein, um zu begreifen, dass so NICHT dem Terror der Boden entzogen wird. Dazu wäre u.a. eine Änderung der westlichen Politik im Nahen Osten (Palästina!) notwendig, ein Ende der Armut in den ehemaligen Kolonien und jetzigen imperialistischen Hinterhöfen, ein Ende der zynischen Politik gegenüber Flüchtlingen, eine gänzlich neu aufgestellte Politik gegenüber MigrantInnen etc.

Aber an all das denken Merkel, Holland & Co. (plus Netanjahu und Sarkozy!), die einträchtig in Paris marschierten, nicht im geringsten. Ihnen fällt nur dümmlich der Knüppel ein, der dann mittels Sozialabbau finanziert werden soll.

Es wird Aufgabe der sozialen Bewegungen und der Linken sein, diese beschämende Funktionalisierung konkret zu konterkarieren.

Hermann Dworczak ■

Bunt statt Braun

19 000 gegen „Hagida" in Hannover



Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Parteien hatten am 13. Januar 2015 zum Protest gegen die „Hagida"-Demonstration aufgerufen. 19 000 unterstützten diesen Aufruf mit ihrer Teilnahme an der Demonstration. Die Teilnahme der Gewerkschaften war sehr breit und gut sichtbar durch Fahnen und Transparente.

Die Kundgebungsreden richteten sich gegen Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die von der „Pegida"-Bewegung vertreten werden.

Unter dem Motto „Licht aus für Rassisten" schalteten zahlreiche Geschäfte auf der geplanten Demonstrationsroute durch die Fußgängerzone und Institutionen ihre Außenbeleuchtung entlang der Straßen in der Innenstadt ab, durch die die „Hagida"-Anhänger laufen wollten.

Am Opernhaus, wo die Abschlusskundgebung der Hagidaanhänger stattfinden sollte, hing ein großes Transparent „Gegen Rassismus" und auf einem Laufband, auf die Oper projiziert, war zu lesen „Hannover gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Rassismus".

Die geplante Kundgebung von etwa 150 Anhängern des „Pegida"-Ablegers „Hagida" musste von der Polizei vorzeitig beendet werden. 2500 Gegendemonstranten – überwiegend autonome Antifa – ließen die Gruppe nicht weiterziehen, auch nicht, als Polizisten mit Pferden dem Zug voranritten und Pfefferspray und Schlagstöcke gegen die Gegendemonstranten einsetzten. Die Antiislambewegung kam die nur wenige Meter voran bevor sie aufgelöst wurde.

In der „Hagida"-Demonstration tauchten Anhänger der Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) auf, die von der Polizei eingekesselt wurden. Acht Menschen wurden vorläufig festgenommen. Nach Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung nahmen an der „Hagida"-Demonstration u. a. Kevin Schumann, Siggi Schmitz und Friedemann Grabs von den „Hannoveranern", NPD-Mitglieder und Ex-Mitglieder der verbotenen Neonazivereinigung „Besseres Hannover" teil.

Bereits vor der Kundgebung waren der Polizei und der Landesregierung bekannt, dass der Anmelder und Versammlungsleiter der „Hagida"-Demonstration Mitglied der rechtsextremen Szene ist. Doch selbst auf gezielte Presseanfragen wurde diese Information vor dem Wochenende der geplanten Demonstration zurückgehalten und erst einen Tag nach der Demonstration offiziell bestätigt. Die Polizeidirektion verteidigte dieses Vorgehen mit dem Verweis auf die Persönlichkeitsrechte des Anmelders. Das Innenministerium erklärte dazu, es sei der Wunsch des Anmelders gewesen, seinen Namen nicht bekannt zu geben. In der Pressekonferenz des Innenministeriums wurde dies als „Schutzrecht von Privatinteresse" begründet. Der Organisator, bei dem es sich nach Informationen der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" um Olaf Schulz handelt, steht in Verbindung mit der „Identitären Bewegung" (IBD), die seit April 2014 vom niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet wird.

Für den Montag, den 26.01.2015 hat dieser erneut eine Kundgebung angemeldet.

bee ■

Braunscheig: „Bragida" Montagsspaziergang

Am Montag, den 19.1.2015, wollen rassistische „Wutbürger" gemeinsam mit Neonazis und rechten „Hooligans" auch hier in Braunschweig mit einem ersten „Montagsspaziergang" (um 18:30 Uhr vom Schlossplatz) gegen eine angeblich drohende „Islamisierung des Abendlandes" u.a. mit Fackeln durch die Innenstadt ziehen. Vorbild sind dabei die Demonstrationen von „PEGIDA" in Dresden, an denen sich jeden Montag inzwischen tausende Menschen beteiligen. In Braunschweig nennen sich die Organisatoren „BRAGIDA" („Braunschweig gegen die Islamisierung des Abendlandes"). Sie mobilisierten zuvor mit ihrer Facebook-Seite „Braunschweig wacht auf" auch zu den Versammlungen der „Hooligans gegen Salafisten ("HoGeSa"). Als Aufhänger ihrer „Proteste" dient den AnhängerInnen von „HogeSa" und „BRAGIDA „ und „PEGIDA" die Ablehnung von „Salafisten" und des „Islamischen Staat" (IS). Dahinter eint sie allerdings ein (kultur-)rassistisch motivierter Hass gegen den Islam, ein chauvinistischer Nationalismus und die Abwertung von Flüchtlingen und anderen Menschen, die von ihnen als „fremd" wahrgenommen werden.

Wir heißen alle Menschen willkommen, die vor politischer oder religiöser Verfolgung, vor Diskriminierungen, vor Hunger, Armut oder aus anderen Gründen aus ihrer Heimat geflohen sind!

Wir sagen NEIN zu (antimuslimischem) Rassismus, Nationalismus und der Diskriminierung von Flüchtlingen, aber auch zu religiösem Fundamentalismus – egal ob er sich christlich, islamisch oder sonst wie nennt!

Wir treten ein für eine bunte und tolerante Stadt, in der Menschen nicht aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Kultur oder Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung ausgegrenzt und abgewertet werden!

Wir rufen dazu auf, lautstark und sichtbar gegen die „Montagsspaziergänge" von „BRAGIDA" zu protestieren!

Quelle: Bündnis gegen Rechts Braunschweig 15.01.2015

Eintracht-Fans gegen Bragida

Aufruf zur Beteiligung an den Gegenprotesten am 19.01.2015

Hinter dem Braunschweiger Ableger „BRAGIDA" verbergen sich einige Aktivisten, die zuvor unter dem Namen „Braunschweig wacht auf" auch zu einer gemeinsamen Teilnahme an den Versammlungen der „Hooligans gegen Salafisten („HoGeSa") in Köln und Hannover aufriefen. Vor allem die „HoGeSa"-Veranstaltung in Köln sorgte im Nachgang für rege Diskussion, bei der es u.a. zu zahlreichen Angriffen auf Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen kam.

„HoGeSa" stellt hierbei ganz klar den Versuch dar, extrem rechte Strukturen und Fußballfans näher zusammen zu bringen. So hob bspw. auch die neonazistische Partei „Die Rechte Braunschweiger Land" auf Facebook besonders hervor, dass sich unter den gemeinsam Anreisenden zum HoGeSa-Aufmarsch in Köln auch einige Eintracht-Fans befunden hätten.

Gegen „BRAGIDA"!

Wir akzeptieren es nicht, dass leider auch vereinzelte (als solche erkennbare) Eintracht-Fans über das Internet zu dem rassistischen Aufmarsch aufrufen. Neben der grundlegenden Tatsache, dass diese

Köln stellt sich mehrfach quer

Der Streit in der Pegida-NRW eskalierte Anfang Januar. Kurzer Hand distanzierte sie sich von ihren örtlichen Ablegern Dügida (Düsseldorf), Bogida (Bonn) und Kögida (Köln). Was war passiert?

Anfang Oktober formierte sich in Dresden die Pegida-Bewegung (1) u.a. in Reaktion der Angriffe von IS-Anhängern auf Kurden. Am 26. Oktober fand in Köln eine brutale und gewalttätige Demonstration von Hooligans und Neonazis mit der Bezeichnung Hogesa statt. 5000 gewaltbereite Anhänger legten die Stadt lahm (2).

Die Pegida-Demonstrationen in Dresden verliefen dagegen friedlich. Dumpfe Islamfeindlichkeit, reaktionäre, rassistische und rechtsextreme Parolen prägen das Bild bis heute. Mit Worten aus der NS-Zeit (Lügenpresse) wird gespielt, die Demagogie ist vielfältig.

Extrem rechte Kräfte in den alten Bundesländern nutzten Ende letzten Jahres diese Entwicklung und gründeten landesweite und örtliche Pegida-Gruppen. Im ganzen Bundesgebiet formierte sich Protest gegen deren Aktivitäten. Antifa-Bündnisse wurden aktiv und schauten sich die örtlichen Veranstalter genau an: Anders als die Pegida-Bewegung in Dresden sind örtliche Gruppen in den alten Bundesländern zumeist von rechtsextremen Gruppen unterwandert und in NRW im festen Griff von pro nrw.



Kölner auf den Beinen gegen Rechts Raimond Spekking

Am 14. Dezember 2014 veranstalteten die Kölner Künstler um „Arsch huh“ ein großes Konzert in der Kölner Innenstadt als Gegenreaktion auf die gewalttätigen Ausschreitungen der Hogesa im Oktober. 15 000 Leute kamen. Gleichzeit war dies auch eine positive Antwort auf die islamfeindlichen Demonstrationen der Pegida-Bewegung. In Bonn und Düsseldorf veranstalteten örtliche Pegida-Gruppen erste Kundgebungen. Als kurz vor Weihnachten bekannt wurde, dass auch ein Kölner Ableger von Pegida für den 5. Januar 2015 zu einem „Spaziergang“ aufrief, wurden die örtlichen Bündnisse gegen Rechts aktiv. Gemeinsam, aber mit unterschiedlichen Aktionen zwischen Protest und Blockieren wurde mobilisiert.

Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ schaltete zwischen den Feiertagen eine Facebook-Seite, die von 5000 Leute geliked wurde (3). Mit einer gemeinsamen, gut besuchten Pressekonferenz wurde dann die Öffentlichkeit nach den Feiertagen mobilisiert. Weit über 10 000 Personen kamen zu den Protestaktionen. Der Deutzer Bahnhof war eingeschlossen, es bewegte sich nichts. Kögida konnte nicht laufen. Die Veranstaltung wurde nach einer Stunde abgebrochen. Ca. 500 Personen waren gekommen, viele aus dem Umland fuhren frustriert nach Hause. Die zwei Antifa-Bündnisse dagegen zogen über die Deutzer Brücke in die Innenstadt. Die Stadtgesellschaft war erfreut. Alles gut gelaufen. Kögida erklärte am nächsten Tag, nicht weiter in Köln zu demonstrieren.

Die Kölner waren erleichtert. Leider kam es anders: Nach den Morden in Paris übernahm die extrem rechte Gruppe pro Köln Kögida und erklärte kurzer Hand, man werde jetzt – zumindest bis Ende Februar – immer am Mittwoch statt am Montag demonstrieren.

Wir sind Charlie. Für Freiheit und Vielfalt!

Mit dieser Losung mobilisierte „Köln stellt sich quer“ nicht nur gegen den Kögida-Aufmarsch am 14. Januar in der Kölner Innenstadt, sondern rief zu einer Trauerkundgebung mit einem anschließenden Mahngang wegen Todesopfer in Paris auf. Dem Bündnis war klar, dass man inhaltliche Zeichen setzen muss, und lud den Schriftsteller Dr. Navid Kermani als einzigen Redner zur Kundgebung ein (4). Die Rede war aufrührend. Die Forderungen der Französischen Revolution für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ziehen sich durch die ganze Rede und sind für Kermani ein Schlüssel für das Engagement jedes Einzelnen.

Beindruckender als die FAZ-Redakteur Rossmann kann man es kaum schreiben:

Navid Kermani

Auszüge seiner Rede bei der Trauerkundgebung für die Opfer der Pariser Anschläge auf dem Kölner Appellhofplatz, 14. Januar 2015

Allein, Freiheit und Gleichheit sind noch nicht das ganze Erbe der französischen Revolution. Die letzten Tage haben uns daran erinnert, dass wir bei allen politischen Rechten und gesetzlichen Regeln immer auch das Moment der Brüderlichkeit im Blick haben müssen, der Empathie, des Einstehens für den Schwächeren, der Gastfreundschaft gegenüber dem Fremden, der Solidarität mit dem Verfolgten. Das war der entscheidende zivilisatorische Durchbruch, der 1789 sicher noch nicht gelungen, aber doch begonnen wurde, die Übertragung des biblischen Gebotes der Nächstenliebe auf die gesellschaftliche Wirklichkeit: Nicht wir Franzosen und wir Deutschen, nicht wir Weißen über den Schwarzen, nicht wir Einheimischen über den Fremden, nicht die Männer über den Frauen, nicht wir Adligen und wir Bürger, nicht wir Kapitalisten und wir Arbeiter, nicht wir Christen, wir Juden und wir Muslime, nicht wir Europäer, wir Asiaten und wir Afrikaner – nein, wir Menschen. …

Wir wehren uns, ja – und wir hätten uns schon viel früher wehren müssen. Denn die letzte Woche hat nicht nur eine unglaubliche Solidarität gezeigt – sie hat uns auch alle daran erinnert, dass Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit weder selbstverständlich noch kostenlos sind, dass wir immer wieder neu für sie eintreten, für sie kämpfen und sie notfalls sogar mit unserem Leben verteidigen müssen. Der Kampf gegen Unfreiheit und Gewalt findet nicht nur in Kobane oder Aleppo statt, nicht nur am 11. September 2001 in New York oder am 7. Januar 2015 in Paris. Wir müssen für die Ideale der Gerechtigkeit, der Friedfertigkeit und der Toleranz jeden Tag eintreten, im Alltag, im eigenen Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz oder in der Schule, in den Parteien, Gewerkschaften, Vereinen oder religiösen Gemeinden, und auch – das schätzen viele von uns leider zu gering – an den Wahlurnen, ganz besonders bei der gemeinsamen europäischen Wahl. Die letzte Woche hat uns daran erinnert, daß Europa zwischen Nationalisten hier und religiösen Extremisten dort zerrieben werden könnte, deren Hass sich gegenseitig hochschaukelt.

„8. Mai 1945 – Tag der Befreiung, Chance für Frieden und Demokratie in Europa

Am 8. Mai wurde ganz Europa von der Geißel des Faschismus befreit. In Deutschland erlebten in erster Linie die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer_innen diesen Tag als Befreiung. Aber auch wir alle, die wir heute leben, verdanken die Grundlagen unseres Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind und bleiben auch unsere Befreier. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland, in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat.

Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie und Banken waren die Gewinner von „Arisierung", Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter_innen. Diese Gewinne bildeten die Grundlage des „Wirtschaftswunders" in der Bundesrepublik, während die Opfer um jede Mark Entschädigung kämpfen mussten und bis heute kämpfen müssen.

In nahezu allen ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern wurden der 8. und/oder 9. Mai gesetzliche Feiertage, das war auch in der DDR der Fall. Genau 40 Jahre hat es gedauert, bis ein Präsident der Bundesrepublik an einem 8. Mai von Befreiung gesprochen hat. Bis dahin hatte die Sicht der Nazis, der Deutsch-Nationalen, der „Frontkämpfer", der Profiteure und Mitläufer das offizielle Vokabular geprägt: Zusammenbruch, Kapitulation, Besatzer. Mit Weizsäckers Rede wurde die Perspektive der Verfolgten des Nazi-Regimes „gesellschaftsfähig".

Damit das so bleibt, fordern wir, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird.

Wir wissen, dass die Früchte des 8. Mai stets gefährdet sind. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien zur Begründung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur. Wir wissen, die soziale Spaltung der Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, in dem die Angst vor dem Abstieg Anpassungsdruck und Ausgrenzungsbereitschaft erhöht. Wir erleben, dass Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden. Wir sehen mit Sorge, wie unbarmherzig unsere Gesellschaft Flüchtlingen gegenübertritt und gewaltsame Übergriffe duldet.

Der rasante Aufstieg neofaschistischer und rechtspopulistischer Kräfte in nahezu allen europäischen Ländern verlangt entschiedene Gegenwehr.

Der Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder stellt einen Bruch mit dem Nachkriegskonsens „Es soll nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen" als wichtigste Lehre aus der jüngeren deutschen Geschichte dar. In vielen Ländern der Welt, im Irak, in Syrien, in der Ukraine und in weiten Teilen Afrikas toben Kriege. Wieder sind deutsche Waffen – und oft auch deutsches Militär – überall beteiligt. Die Bereitschaft, „deutsche Interessen" erneut mit militärischen Mitteln durchzusetzen ist gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Regierung und Bundestag wieder politische Praxis geworden.

Gerade darum wollen wir den Tag zum Feiertag machen, den die Überlebenden als „Morgenröte der Menschheit" erlebt haben, wie es der als Jude und Kommunist verfolgte Résistance-Kämpfer Peter Gingold ausgedrückt hat. Wir wollen am 8. Mai vor allem an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, so wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben.

In diesem Sinne rufen wir auf:

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!"

http://www.vvn-bda.de/8-mai-1945-tag-der-befreiung-chance-fuer-frieden-und-demokratie-in-europa/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. Bundesvereinigung ■



Am 27. Januar jährt sich zum 70. mal der Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee. Zu diesem Anlass hat die VVN-BdA ein neues Plakat herausgegeben.

„Kermani spricht auf einem Platz, „der einmal einer der dunkelsten Orte unsrer Stadt war, vor den Türen des EL-DE-Hauses, einst Sitz der Gestapo, die in den Kellern gefoltert und gemordet hat, und heute Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum ist. Und während im Hintergrund Martinshörner heulen und Blaulicht rotiert, weil gerade mal hundertfünfzig Pegida-Anhänger, aufgemischt von gewaltbereiten Hooligans, durch die Straßen stapfen und die halbe Innenstadt lahmlegen, gelingt es ihm, indem er die 6500 Gegendemonstranten in gespannter, konzentrierter Aufmerksamkeit hält, den finsteren Platz zum Leuchten zu bringen." (5)

Jörg Detjen ■

1 www.wikipedia.org/wiki/Patriotische_Europ%C3%A4er_gegen_die_Islamisierung_des_Abendlandes#Entstehung
2 Politische Berichte Nr. 12/2014
3 https://www.facebook.com/pages/K%C3%B6ln-stellt-sich-quer/606158276180923?ref=hl
4 http://www.navidkermani.de/media/raw/CharlieCologne.pdf
5 http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/muslimischer-gelehrter-navid-kermani-ueber-pariser-anschlaege-13372294.html

„Kögida" hat weitere Demos für die nächsten Mittwoche ausgehend vom Bahnhofsvorplatz (Ausgang Domseite) angekündigt. Es ist davon auszugehen, dass es auch dann wieder fast reine Nazidemos werden.

Das Bündnis „Köln gegen Rechts" ruft dazu auf, am Mittwoch, dem 21.1.2015 um 17:30 h wieder zum Platz an der Kreuzblume in der Trankgasse zu kommen.

Auch diesmal gilt: „Kögida" kommt nicht weit

Nach den Anschlägen auf ‚Charlie Hebdo' und den koscheren Supermarkt

Zu der riesigen Pariser Demonstration

Über die Mobilisierung einer linksliberalen Öffentlichkeit, über rassistische Agitation, und über die ungeschminkte Mobilisierung von legitimer Empörung und Protest für einen Auflauf von Politikern und Diktatoren…

„Riesig" ist zweifellos ein angemessener Ausdruck. Sie war auf jeden Fall enorm stark: Die Mobilisierung auf den Straßen Frankreichs, fünf Tage nach der Ermordung von zwölf Menschen in der Redaktion der Satirezeitung Charlie Hebdo und zwei Tage nach der von mehreren Geiseln im jüdischen Supermarkt HyperCacher im Südosten von Paris. Die französischen Medien sprechen am Montag früh unisono von rund vier Millionen Menschen, die im Laufe des Wochenendes an Demonstrationen teilgenommen hätten, davon rund zwei Millionen in Paris[1]. Dies deckt sich mit den behördlichen Angaben dazu, die aus dem Innenministerium kommen.

Die Zahlen mögen betont großzügig bemessen sein, denn in diesem Falle hatte die Mobilisierung auf den Straßen einmal die volle Unterstützung von Regierenden, allen etablierten politischen Parteien und Medienestablishment. Unzweifelhaft ist jedoch, dass es eine sehr dichte Menschenmenge war, die sich am Nachmittag des Sonntag, 11. Januar 2015 in Paris von der Place de la République in Richtung Place de la Nation bewegte. Erst gegen 19 Uhr verließen die letzten Menschen den Ausgangsort der Demonstration.

Um halb drei, also dreißig Minuten vor dem offiziellen Beginn des Zuges – auf zwei parallelen Strecken, die dafür ausgewiesen wurden – ist auf der Place de la République buchstäblich kein Durchkommen mehr. Das Métro-Netz ist rund um den Platz großflächig abgestellt worden, aus Sicherheitsgründen – um zu vermeiden, dass sich Menschen darin gegenseitig zu Tode quetschen. Doch zu Fuß kommen sie aus allen Himmelsrichtungen geströmt. Vom Pariser Nord- und Ostbahnhof her ist der Boulevard Magenta seit 14 Uhr überfüllt mit Menschen. Vor einer Druckerei an dem Boulevard, Ecke rue du Faubourg Saint-Martin, drängeln sich Leute, als ob es warme Semmeln gäbe. Ein Blick verrät, dass die Druckerei hier gerade, zwar keine Brötchen, aber warme DIN A3-Plakate frisch vom Drucker weg verteilt. Sie werden den Druckereibeschäftigten beinahe aus den Händen gerissen. Darauf steht: Je suis Charlie, „Je suis Charlie".

Das wird sicherlich der meist gesehene Slogan an dem Tag werden, auch in anderen sprachlichen Varianten, vom Englischen über das gelegentlich gesichtete deutsche „Ich bin Charlie" bis hin zur verbreitet zu sehenden arabischen Formulierung („Ana Schahrli"). Man sieht aber auch Abwandlungen. Häufig bekommt man etwa zu Gesicht: „Ich bin Charlie / Ich bin jüdisch / Ich bin Polizist", oder als Variante dazu: „Ich bin Charlie, ich bin HyperCacher…". Dadurch werden die drei Gruppen bezeichnet, aus denen die insgesamt siebzehn Todesopfer der vergangenen Woche – die drei getöteten Attentäter nicht mitgezählt – stammen. Die Polizei wird an diesem Sonntag alles in allem ausgesprochen freundlich behandelt (ihren Auftritten wird wiederholt Applaus gespendet); wohl hauptsächlich, weil aus ihren Reihen ein Blutzoll an die jihadistischen Attentäter bzw. Geiselnehmer entrichtet wurde.

Beim Überfall auf die Charlie Hebdo-Redaktion starben zwei Polizeibeamte, Ahmed Merabet – der seit längerem dem Chefredakteur „Charb" (Stéphane Charbonnier) als Personenschützer zugeteilt war – und Franck Brinsolaro. Und der Geiselnehmer vom HyperCacher hatte am Tag zuvor, also am Donnerstag, den 8. Januar, eine Schießerei im Pariser Vorort Montrouge angezettelt und dabei eine junge Polizistin erschossen, die 25jährige Karibikfranzösin Clarissa Jean-Philippe. Wie die Politi-Satiresendung des französischen TV-Senders Canal +, ‚Les Guignols de l'info', erkannte: In den Personen der drei getöteten Polizist/inn/en war das vielfarbige Frankreich ‚black-blanc-beur' beisammen. Denn Clarissa Jean-Philippe war schwarz, Ahmed Merabet war algerischstämmig, und Brinsolaro war weiß oder „Biofranzose".

Der koschere Supermarkt, in dem sich der Geiselnehmer Amedy Coulibaly am folgenden Tag verschanzt hatte, wurde am Freitag kurz nach 17 Uhr durch die Polizei erstürmt, zum selben Zeitpunkt wie die Druckerei in einem Vorort nordöstlich von Paris, in dem sich die beiden flüchtigen Täter aus der Charlie-Redaktion verschanzt hatten. Vier Geiseln waren tot, allerdings nicht infolge der Erstürmung, Polizeiangaben zufolge waren sie vielmehr gleich zu Beginn der Belagerung durch den Geiselnehmer getötet worden.

Moslemische Demonstrant/inn/en

Manche Schilder und Plakate beziehen auch muslimische Menschen gezielt mit ein. Eine gut 50jährige Frau etwa hält ein Transparent in die Höhe mit dem Foto und Namen von Mustapha Ourrad hoch. Er arbeitete als Korrektor bei der Redaktion von Charlie Hebdo und zählt zu den Attentatsopfern, seine Familie stammte aus der Kabylei, einer von Berbern geprägten Region in Algerien. Eine jüngere Frau hat ihrerseits ein Schild gemalt mit der Aufschrift: „Ich bin Charlie, und ich mag die Muslime!"

Anders, als manche Beobachter es im Vorfeld vermutet und befürchtet hatten, sind auch keineswegs nur die weißen Mittelschichten mit intellektuellen Berufen gekommen, die sich für kulturelle Freiheiten interessieren würden, während die Angehörigen von Unterklassen mit Migrationshintergrund außen vor blieben. Empirisch lässt sich das überhaupt nicht bestätigen, auch wenn tatsächlich die weißen und kernstädtischen Mittelklassen deutlich überwiegen. Zahlreiche aus Afrika (oder der Karibik) stammende Menschen mit schwarzer Hautfarbe marschieren ebenfalls mit. Amadou, mit Familienhintergrund aus dem westafrikanischen Mali, etwa fühlt sich doppelt betroffen: Der Jihadist, der im Supermarkt HyperCacher als Geiselnehmer wirkte und dabei ums Leben kam, Amedy Coulibaly, stammt aus einer malischen Migrantenfamilie in Frankreich. Aus demselben Land stammt aber auch Lassana Bathily, der in demselben koscheren Supermarkt fünfzehn Menschen gerettet hat, indem er ihnen gleich zu Anfang der Geiselnahme Zutritt zum Kühlraum verschaffte, diesen abschloss und den Kältemotor abstellte, bevor er selbst sich ins Freie wagte.

Einige Demonstranten und Demonstrantinnen sind ferner durch äußere Erkennungsmerkmale als Menschen muslimischen Glaubens zu erkennen, wenngleich diese Gruppe zahlenmäßig schwächer vertreten ist, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Eine Frau mit orangefarbenem Kopftuch wird immer wieder von Mitmarschierenden

gebeten, sich mit ihr fotografieren zu lassen. Sie hat auf ihr Schild gemalt: „Wer einen Menschen tötet, bringt die Menschheit um. Ein Menschenleben ist überall gleich viel wert – ob in Paris, Nigeria, Syrien oder in Gaza." Und einer der meistapplaudierten Blöcke in der Demonstration – nach dem der Opferfamilien und der verbliebenen Charlie-Redaktion, und wohl auch den Polizisten – ist der von syrischen Oppositionellen, die iherseits „Ana Schahrly" auf ihre Schilder geschrieben haben. Und die immer wieder ausrufen: „Ich bin Charlie, ich bin Syrer. Assad – Mörder, Jihadisten – Mörder." Sie loben die syrischen Oppositionellen, aber auch den militärischen Widerstand in der kurdischen Stadt Kobanê gegen den selbst ernannten „Kalifatsstaat" des IS.

Linksliberale Mobilisierung…

Das Hauptutensil der Demonstranten sind Stifte, Schreib- und Malstifte, in Anspielung auf die Freiheit der Meinungsäußerung – des geschriebenen Worts und der Karikatur, egal ob guten oder schlechten Geschmacks –, wegen deren Ausübung Charlie Hebdo nach verbreiteter Lesart angegriffen wurde. Stilisierte Bleistifte in ein bis anderthalb Metern Größe werden auf den Schultern mitgeschleppt. Einer ist drei bis vier Meter lang und wird wie ein Sarg auf Händen über die Menge getragen.

Aggressivität, etwa gegen Muslime, oder nationalistische Mobilmachung – im Sinne von „Frankreich ist angegriffen worden", wie etwa Ex-Präsident Nicolas Sarkozy verkündet hatte – ist nicht die vorherrschende Grundstimmung der Menge an diesem Sonntag. Zwar werden auch einige französische Flaggen mitgeführt, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund haben ihre eigenen Fahnen mitgebracht. Die häufigsten sind die portugiesische und die brasilianische. Der Autor sah auch eine einzelne deutsche und eine einzelne albanische Fahne. Eher verirrt wirkt das Schild einer jungen Frau, das proklamiert: „Stolz, Französin zu sein."

… und rassistische Mobilmachung

Aber es gibt auch das andere, das aggressiv auftretende und rassistisch ausgrenzende Frankreich, wie nicht zuletzt die wachsende Liste von Übergriffen auf muslimische Einrichtungen belegt.[2] Innerhalb von fünf Tagen wurden 54 Attacken auf muslimische Gebetshäuser und Moscheen, und auch Übergriffe auf Privatwohnungen verübt.

Dieser Teil Frankreich drückt sich weit weniger auf der sonntäglichen Demonstration aus, die überwiegend von der linksliberalen Öffentlichkeit getragen wird. Auch wenn der pensionierte Mathematiker Jean-Paul, selbst Kommunist, meint, die Mobilisierung gehe schon darüber hinaus „Auf meinem Bahnsteig beim Warten auf den Vorortzug sah ich zahlreiche Kommunalparlamentarier meiner Stadt, an ihren Schärpen in den Farben der Trikolore erkennbar, die auf den Zug zur Demonstration warteten wie ich. Das konservative Spektrum der Kommunalpolitik war aktiv dabei."

Das aggressiv rassistisch auftretende Frankreich findet sich an diesem Sonntag jedenfalls im Pariser Raum jedoch eher bei Leuten, die passiv vor dem Fernsehbildschirm oder an ihrem i-phone verharren oder am Tresen des „Café du commerce" – das Pendant zum deutschen Stammtisch – die Dinge kommentieren. Jedenfalls für den Raum Paris stellen sich die Dinge so dar. Der rechtsextreme Front National (FN) versteht es, diese Stimmung auszunutzen. Seine Chefin Marine Le Pen wurde am Freitag früh, 9. Januar d.J. neben anderen Parteivertretern, François Bayrou (christdemokratisch-liberal) und Jean-Luc Mélenchon (Linksparteie), von Präsident François Hollande offiziell im Elysée-Palast empfangen. Der FN hat keine Fraktion im französischen Parlament, sondern zählt dort im Augenblick nur zwei Abgeordnete, was sich in naher Zukunft zu ändern droht.

Durch martialisches Auftreten, lautstarken Forderungen nach Todesstrafe und dem Ruf, man befinde sich nunmehr „im Krieg mit dem radikalen Islam", versucht der FN, die Stimmung in autoritären Kreisen der Gesellschaft zu toppen. In Marseille nahm der FN-Bezirksbürgermeister der nördlichsten Stadtteile, Stéphane Ravier, zugleich ungehindert an der Kundgebung teil, zu der die Linke aufgerufen hatte. Und in der FN-regierten Gemeinde Hénin-Beaumont nahm die extreme Rechte die Kundgebung gleich selbst in die Hand.

Zu Lebzeiten hätten die JournalistInnen von Charlie Hebdo ihren Vertretern nicht die Hand gereicht, die ihnen nun auf den Gräbern heuchlerisch entgegengestreckt wird. Allerdings teilen nicht alle Bestandteile der extremen Rechten die vordergründige Anteilnahme. Auf den sich in Windeseile ausbreitenden Slogan „Ich bin Charlie" reagierte die rechtsextreme Webseite NDF.fr, die dem nationalkatholischen Flügel des FN aber auch konservativen Rändern nahe steht, mit eigener Parole: „Ich bin nicht Charlie! Ich bin die beiden Polizisten, die von Fanatikern ermordet wurden, als sie andere Leute schützten."

Dass die Frage der An- oder Abwesenheit der extremen Rechten am Frei- und Samstag (9. und 10. Januar) vorübergehend in den Mittelpunkt rückte, hatte die französische Öffentlichkeit auch dem, nun ja, „Geschick" des amtierenden Premierministers Manuel Valls zu verdanken. Er begnügte sich nicht etwa damit, dass es einen Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger gab und zum Gedenken an die Ermordeten demonstrieren konnte, wer mochte. Er musste unbedingt einen Autoritätsbeweis des Staates aus der Demonstration machen wollen. Und er meinte unbedingt, eine „nationale Einheit" oder auch „Union sacrée" („Heilige Union", so bezeichnete man die „Burgfriedens"politik der politischen Parteien im Ersten Weltkrieg") demonstrieren zu müssen. Am vorigen Donnerstag forderte der rechte Sozialdemokrat Valls also die konservativ-wirtschaftsliberale UMP dazu auf, die Demonstration mit zu organisieren, und lud deren alt-neuen Vorsitzenden Nicolas Sarkozy explizit zur Teilnahme an seiner Seite auf. Die UMP hatte daraufhin ihrerseits nichts Besseres zu tun, als seit dem Donnerstag Abend (8. Januar) zu fordern, nun müsse auch der rechtsextreme Front National dabei sein[3]. Zu Lebzeiten hätte keiner der ermordeten Satirejournalisten etwas mit der neofaschistischen Partei zu tun haben wollen, im Gegenteil – Charlie Hebdo lancierte 1995 eine Petition für ihr Verbot und sammelte dafür insgesamt rund 200 000 Unterschriften.

Im Laufe des Freitag, den 9. Januar drehte sich dann die innenpolitische Debatte vorübergehend hauptsächlich um die Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme des Front National. Diese Idee fanden unter anderem einige Mitglieder der regierenden Sozialdemokratie nun doch nicht so gut. Der FN nutzte es aus, um seinerseits in die Offensive zu gehen und nun Druck auf die konservative UMP aufzubauen – die Führungsleute des Front National forderten Letztere auf, der Demo fernzubleiben, falls diese durch Ausgrenzung der rassistischen extremen Rechten. zu einer „sektiererischen Veranstaltung" würde. Letztendlich verhalf sich der Front National mit einer Pirouette: Marine Le Pen rief am Samstag, den 10. Januar ihre Anhänger dazu auf, am Wochenende überall in Frankreich mitzudemonstrieren, mit Ausnahme von Paris[4]. Dies war taktisch nicht ungeschickt: In der Hauptstadt wären ihre Parteigänger ohnehin in der Menge untergegangen, oder eventuell angefeindet worden. Ihre Parteifunktionäre demonstrierten nun vor allem in den elf Städten, die seit dem März 2014 rechtsextreme Bürgermeister haben. Marine Le Pen selbst begab sich in eine dieser Kommunen, Beaucaire, eine Stadt im südfranzösischen Département Gard mit 16 000 Einwohnern. Dort, wo insgesamt rund 1 000 Leute demonstrierten, zeigte sie sich auf dem Balkon des Rathauses und ließ sich applaudieren. *// Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/video/2015/01/11/marine-le-pen-mobilise-un-millier-de-personnes-a-beaucaire_4553862_3224.html //*

Die verkorkste innenpolitische Debatte der ersten halben Woche nach dem Attentat auf ‚Charlie Hebdo' hat es auf jeden Fall der extremen Rechte mehrere Tage lang erlaubt, sich einmal mehr in den Mittelpunkt zu spielen. Und zugleich sowohl als eine Partei zu erscheinen, die auf Bedrohungen für das Land reagiere, als auch



Aufkleber an Bushaltestelle; rechts oben mit Marine LePen
Foto: B.S.

als „eine Partei nicht wie die anderen, und vom System ausgegrenzt“. Diese doppelte Profilierung kann ihr leider nur nützlich sein. Auch wenn im Augenblick durchaus nicht gewiss ist, dass ihre Rechnung kurzfristig aufging: Tatsächlich wurde ihr Auftritt in der relativ kleinen Stadt Beaucaire letztendlich in den Medien eher so ausgelegt, als sei Marine Le Pen fernab vom breiten Geschehen aufgelaufen.

Derzeit sieht es jedenfalls laut ersten Umfragen so aus, als könnten Marine Le Pen und der Front National nicht von der aktuellen innenpolitischen Lage profitieren: Ihre Umfragewerte bleiben stabil, bessern sich jedoch nicht auf. (Konkret: 28 Prozent für die Partei, 27 Prozent für Marine Le Pen; und 26 Prozent für den konservativen, „offiziellen“ Oppositionsführer Nicolas Sarkozy. Lediglich der persönliche Wert für Marine Le Pen – er drückt aus, wie viel Prozent der Befragten ihr „stärkeren Einfluss“ wünschen – nimmt dabei um ein Prozent zu. Der Wert ihrer Partei, aber auch jener des konservativen Rivalen Sarkozy, bleiben identisch gegenüber vor den Attentaten[5].)

Doch auf die Dauer zählt wohl nicht die Wirkung innerhalb der ersten acht Tage, sondern zählen die mittel- und längerfristig sich festsetzenden Eindrücke. Und da ist die Sache beileibe noch nicht ausgemacht.

Auflauf von Staatsoberhäuptern: die nackte Instrumentalisierung von Protest

Auch in anderer Hinsicht hat das Agieren von Premierminister Manuel Valls, der unbedingt den anfänglich spontanen Protest in eine staatstragende Veranstaltung kanalisieren wollte, in vielen Augen fatal gewirkt Schaden angerichtet. In seinem Eifer, die Demonstration in eine Staatsveranstaltung umzufunktionieren – ursprünglich gab es einen Aufruf zuerst von antirassistischen Organisationen und dann von französischen Gewerkschaften zur Demonstration am Samstag, er wurde dann jedoch durch die etablierten Politikapparate mit ihrem Gewicht zugunsten des Sonntagsaufrufs verdrängt – lud Manuel Valls auch allerhand Personen zur Demonstration in Paris ein, mit denen die ermordeten Satiriker ebenfalls nichts hätten zu tun haben wollen.

45 Staats- und Regierungschefs – wie Angela Merkel, David Cameron und Mariano Rajoy – zuzüglich NATO-Generalsekretär kamen am Sonntag, den 11. Januar nach Paris. Unter ihnen Diktatoren aus der französischen Einflusssphäre in Afrika wie der blutige Schlächter Idriss Déby (Präsident des Tschad) und Ali Bongo aus der Erdölrepublik Gabun. Ahmet Davutoglu, Premierminister von Sultan, pardon: Präsident Erdogan aus der Türkei, der ukrainische Präsident Poroschenko und andere Figuren rundeten das Bild ab. Rechtsextreme Minister aus Israel wie der berüchtigte Rechtsnationalist Naftali Bennett („Ich habe in meinem Leben viele Araber umgebracht und kein Problem damit“) begleiteten ihren Regierungschef Benjamin Netanyahu nach Paris; Letzterer (er hatte sich selbst eingeladen) verkündete den französischen Juden, sie sollten ihr Heil in einem Umzug nach Israel suchen, woraufhin ihm der französische Premierminister Manuel Valls entschieden widersprach: „Die Juden haben ihren Platz in Frankreich!“ Auch der bekannte Filmemacher Claude Lanzmann, der u.a. ‚Shoah’ drehte, bekundete sein Nichteinverständnis: „Frankreich ohne die Juden wäre nicht mehr dasselbe Frankreich.“

Tüchtig blamiert hat sich bei all dem vor allem einer, nämlich der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy. Als Ex-Staatsoberhaupt durfte er im Pulk der Spitzen-Staatspolitiker/innen mitlaufen. Allerdings hätte er vom Protokoll her aufgrund seiner aktuellen Position in der dritten Reihe mitlaufen müssen – also hinter den derzeit amtierenden Staats- und Regierungschefs, die in den ersten beiden Reihen Aufstellung bezogen. Unerträglich in den Augen von Nicolas Sarkozy. Absolut unerträglich für ihn. Auf den zahlreich geschossenen Bildern sieht man ihn also, wie er (Sarkozy) sich Minute für Minute nach vor arbeitet, bevor er schlussendlich in die vorderste Reihe einreiht und irgendwo zwischen François Hollande und Benjamin Nétanyahou mitlaufen kann. Wohl auch aufgrund dieser Begebenheit, die beim Publikum schnell zum Lacherfolg wurde – jedoch mehr ist als nur eine, letztlich wenig aussagende, Anekdote – kann Sarkozy als derzeitiger „Oppositionsführer“ des Bürgerblocks in Frankreich derzeit kaum von der Situation profitieren. Die Umfragewerte für ihn bleiben gleich, während die Popularitätswerte von Präsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls – die bislang allerdings auf einem Rekordtief verharrten – sich sprunghaft verbesserten [6].

All diese Staats- und Regierungschefs, unter ihnen auch gekrönte Oberhäupter (das Königspaar aus Jordanien), demonstrierten allerdings keine halbe Stunde lang: Die Staatsrepräsentanten wurden mit einem Bus aus dem Elysée-Palast an die Spitze auf dem Boulevard Voltaire gefahren, verließen den Aufzug allerdings bereits auf der Höhe des Rathauses des 11. Pariser Bezirks, also nach wenigen hunderten Metern wieder. Rund um sie herum wurden – aus nahe liegenden Sicherheits-Imperativen – die Straßenfläche und die Trottoirs menschenleer gehalten und abgesperrt. Dies wiederum befeuert nun im Internet die Verschwörungstheoretiker und andere Spinner, die auf die Bilder von den Nahaufnahmen der Demonstrationsspitze hinweisen (man sieht einen Politikerpulk und rund herum Leere), um den gesamten Demonstrationszug als Schiebung, die Berichterstattung darüber als Manipulation und die Mobilisierung als Fake hinzustellen. Was natürlich Quark ist.

Dieses Profil der Demonstrationsspitze sorgte dafür, dass aus der Zivilgesellschaft und vor allem aus der Linken letztendlich doch viele Menschen fortblieben, die eigentlich hätten am Protest teilnehmen wollen. An den Intentionen der Menschen in der Menge direkt änderte es allerdings nicht.

Bernard Schmid, Paris ■

Längere Fassungen und ein weiterer Artikel vom Autor können hier eingesehen werden:
* Zu den Hintergründen der Täter:
http://www.hagalil.com/archiv/2015/01/16/djihad-in-paris/
** Zur Pariser Demonstration vom 11. Januar 15:
http://www.hagalil.com/archiv/2015/01/16/paris-3/
** Eine Fotostrecke dazu:
http://www.trend.infopartisan.net/trd0115/t330115.html

Fußnoten

1 Vgl. etwa http://www.lemonde.fr/societe/article/2015/01/11/la-france-dans-la-rue-pour-defendre-la-liberte_4553845_3224.html

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2015/01/08/01016-20150108ARTFIG00116-serie-d-actes-anti-musulmans-au-lendemain-de-l-attentat-contre-charlie-hebdo.php //

3 // Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/01/08/97001-20150108FILWWW00293–charlie-hebdo-l-ump-favorable-a-la-presence-du-fn-a-la-marche-republicaine.php

4 Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2015/01/10/jean-marie-le-pen-je-ne-suis-pas-charlie_4553403_3224.html

5 Vgl. dazu http://actu.orange.fr/politique/bva/barometre-bva-orange-i-tele-hollande-et-valls-en-forte-progression-bva_CNT00000071aPU.html

6 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/bva/barometre-bva-orange-i-tele-hollande-et-valls-en-forte-progression-bva_CNT00000071aPU.html

PRO ASYL zur Asylstatistik 2014

Am gestrigen Tage hat das Bundesministerium des Innern die Asylstatistik 2014 vorgestellt. Statt der seit einiger Zeit prognostizierten Zahl von mehr als 200 000 Erstantragstellungen wurden nur 173 072 gestellt. Die vom Bundesinnenministerium verlautbarte Gesamtzahl von 202 834 Asylanträgen im Jahr 2014 ergibt sich, indem die Folgeanträge bereits im Lande befindlicher Personen hinzugezählt wurden. Insofern ist es missverständlich, wenn Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière davon spricht, man habe mit über 202 000 Asylanträgen die dritthöchste Zahl von Asylbewerberzugängen erreicht. Die Einschätzung des BMI, dies stelle Deutschland vor enorme Herausforderungen, die nur durch ein gesamtgesellschaftliches Zusammenwirken zu bewältigen seien, hätte der Ergänzung bedurft: Diese Aufgaben sind lösbar. Sie wären leichter lösbar, hätte man die Zahl der Personalstellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht erst mit großer Verspätung drastisch aufgestockt. So steht zu erwarten, dass der aktuelle Bestand von 169 166 unerledigten Asylverfahren im Jahre 2015 kaum abgebaut werden kann.

48,5 Prozent aller Asylantragsteller, über deren Fall in Deutschland inhaltlich entschieden worden ist, durften auf der Basis einer positiven Entscheidung bleiben. Dies ergibt sich aus der sogenannten bereinigten Gesamtschutzquote, die die Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums bedauerlicherweise nicht ausweist. Dies wäre jedoch sehr wünschenswert gewesen, um flüchtlingsfeindlichen Einstellungen mit Fakten zu begegnen. Die Gesamtschutzquote ergibt sich, wenn man alle ergangenen positiven Entscheidungen zusammenfasst und die sogenannten formellen Entscheidungen herausrechnet. Formelle Entscheidungen sind solche, in denen die Fluchtgründe inhaltlich gar nicht erst geprüft werden, etwa weil formal ein anderer EU-Staat hierfür zuständig ist. In dieser Gesamtschutzquote noch nicht einmal enthalten sind die Fälle der Asylantragsteller, denen Gerichte in Korrektur der Bundesamtsentscheidung einen Schutzstatus zusprechen. Die zentrale Herausforderung besteht darin, die Integration von Flüchtlingen ab dem Tag der Einreise zu unterstützen, durch Wohnungsbau, Sprachkurse usw. Diese Aufgabe ist in ihrer Dimension bislang nicht adäquat adressiert worden. PRO ASYL geht auch für 2015 von kontinuierlich hohen Flüchtlingszahlen aus. Gemessen an den Größenordnungen, in denen etwa die Türkei, der Libanon und Jordanien Flüchtlinge aufnehmen, kann von einem Flüchtlingsstrom jedoch keine Rede sein. Es steht auch nicht zu erwarten, dass die Verhältnisse in Syrien, im Irak, in Somalia, Eritrea oder Afghanistan sich kurzfristig so verbessern werden, dass Flüchtlinge zurückkehren könnten. Auch aus den Staaten des westlichen Balkans werden Menschen kommen, solange sie die dortige strukturelle Diskriminierung lebensbedrohlichen Formen der Verelendung aussetzt. Die relativ niedrige Zahl der Erstantragsteller aus dem Irak (5345) lässt den Schluss zu, dass ein Teil der Fluchtbewegungen Deutschland noch gar nicht erreicht hat. Wie bereits zuvor im Falle der syrischen Flüchtlinge ist zu erwarten, dass die Zahl der irakischen Flüchtlinge, die die Region verlassen, zeitversetzt zunehmen wird. Zudem wird die Lage syrischer und irakischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten prekärer, wie Engpässe bei der Nahrungsmittelversorgung und die Schließung der libanesischen Grenze für Flüchtlinge zeigen.

Quelle: Presseerklärung www.proasyl.de 15.01.2015 ■

Deutsche Islamkonferenz tagt zum Thema Wohlfahrtspflege

Am 13.01. tagt die Deutsche Islam Konferenz erstmals seit ihrem Neustart vor einem Jahr in großer Runde. Auf der Tagesordnung steht das Thema Wohlfahrtspflege für Muslime. Das Ergebnis ist offen.

Knapp ein Jahr nach einem Neustart der Deutschen Islamkonferenz tagt das Gremium an diesem Dienstag erstmals in größerer Runde. Zu einer Fachtagung, bei der es um das Thema Wohlfahrtspflege für Menschen muslimischen Glaubens gehen soll, werden unter anderem Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) erwartet. Bei der zweitägigen Konferenz wollen Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen sowie von muslimischen und Sozialverbänden über Möglichkeiten institutioneller muslimischer Wohlfahrtspflege beraten.

Im Fokus der Tagung stehen die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Altenpflege. Angesichts der älter werdenden Zuwanderergeneration sehen muslimische Verbände einen steigenden Bedarf nach Hilfen im Alter, die auf religiöse Belange Rücksicht nehmen.

Ergebnisoffene Tagung

Ob am Ende ein muslimischer Wohlfahrtsverband nach dem Vorbild der kirchlichen Verbände Diakonie und Caritas stehen kann, ist offen. Die Arbeitsgruppen innerhalb der Islamkonferenz waren zunächst beauftragt, sich einen Überblick über den Bedarf und bereits bestehende Angebote zu verschaffen.

Die Deutsche Islamkonferenz wurde 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufen, um den Dialog zwischen Staat und Muslimen voranzutreiben. Das Gremium legte wichtige Grundlagen für islamischen Religionsunterricht und die Ausbildung von Imamen. Immer wieder gerieten die Beratungen durch Streit über Teilnehmer und Themen ins Stocken. Bundesinnenminister de Maizière hatte zu Beginn der Wahlperiode einen Neustart versprochen und das Gremium neu geordnet. Beteiligt sind zehn muslimische Verbände sowie je nach Thema ausgewählte Experten aus Bund, Ländern und Kommunen. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 13.01.2015 ■

Einreise syrischer Flüchtlinge erleichtern

„Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge verläuft weiterhin schleppend. Die Bundesregierung muss sich mit der Frage auseinandersetzen, warum die Einreisen sich so lange hinauszögern. Außerdem müssen die legalen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge angesichts der katastrophalen Lage vor Ort nach dem Wintereinbruch schnell und deutlich ausgeweitet werden“, fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie reagiert damit auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge (BT-Drs. 18/3627). Jelpke weiter:

„Im Rahmen der drei Bundesprogramme zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge, die insgesamt 20 000 Plätze umfassen, sind bislang 16 183 Aufnahmezusagen erteilt worden. 10 860 Flüchtlinge sind tatsächlich eingereist. Durch die Aufnahmeprogramme der Länder konnten weitere 10 226 Visa erteilt werden, tatsächlich eingereist sind 6120 Flüchtlinge.

Im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme konnten nur jene Syrer nach Deutschland kommen, deren Verwandte sich verpflichtet haben, vollständig deren Lebenshaltungskosten zu tragen. Eine Befristung dieser Verpflichtung ist anscheinend weder von den Ländern noch von der Bundesregierung gewünscht. Es ist nicht miteinander zu vereinbaren, einerseits die humanitäre Zielrichtung der Aufnahmeprogramme zu betonen und andererseits die Kosten dafür Privatpersonen zu überlassen.

Zudem sind deutlich weniger schwerstkranke Flüchtlinge aufgenommen worden als ursprünglich vorgesehen. Von den 300 Plätzen in den ersten beiden 5000er-Kontingenten der Bundesprogramme sind lediglich 114 ausgeschöpft worden. Auch vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die besonders Schutzbedürftigen unter den Flüchtlingen über-

haupt erreicht werden. Für sie müssen Wege geschaffen werden, auch ohne Hilfe von Schleusern und finanzkräftigen Verwandten nach Deutschland und in die EU zu gelangen. Sich von Aufnahmeprogramm zu Aufnahmeprogramm zu hangeln, kann auf Dauer keine Lösung sein.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 09.01.2015 ■

Spanien plant Abschiebungen an Grenzen Ceuta und Melilla

Der spanische Kongress hat das neue Gesetz für öffentliche Sicherheit verabschiedet, das eine Veränderung des Einwanderungsgesetzes vorsieht. Nun kann nur noch der Senat verhindern, dass das in Kraft tritt. Die Gesetzesänderungen würden die automatische und kollektive Ausweisung von Migrant_innen, Flüchtlingen und Asylsuchenden an den Grenzen der beiden spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, erleichtern und die Betroffenen somit der Gefahr aussetzen, Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen zu werden.

Trotz fast einstimmigen Widerspruchs der anderen Parteien und starker öffentlicher Kritik ist es der amtierenden Volkspartei (Partido Popular), welche die absolute Mehrheit im spanischen Kongress innehat, am 11. Dezember gelungen, den Änderungsvorschlag zum Entwurf über das Gesetz für öffentliche Sicherheit (Ley Orgánica para la Protección de la Seguridad Ciudadana) zu verabschieden. Das Gesetz sieht eine Änderung von Gesetz 4/2000 über die Rechte und Freiheiten sowie die gesellschaftliche Eingliederung ausländischer Staatsangehöriger im spanischen Hoheitsgebiet vor: Migrant_innen, Flüchtlinge und Asylsuchende könnten dann an den Grenzen der zwei spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, automatisch zurückgewiesen werden. Somit würde den Betroffenen der Zugang zu wichtigen Verfahrensgarantien verwehrt werden und sie wären schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

In der aktuellen Version des Änderungsvorschlags heißt es: „Ausländische Staatsangehörige, die an der Grenzlinie von Ceuta und Melilla bei dem Versuch entdeckt werden, in einer Gruppe die Grenzkontrollelemente zu überwinden, um die Grenze illegal zu überqueren, sind zurückzuweisen, um eine illegale Einreise nach Spanien zu verhindern.“ Der Änderungsvorschlag enthält dabei keine Spezifizierung dazu, auf welche Art diese „Grenzzurückweisung“ erfolgen soll. Darüber hinaus sind offenbar keine menschenrechtlichen Schutzmechanismen vorgesehen. Dies würde Asylsuchenden den Zugang zu einem Asylverfahren in Spanien verwehren und könnte zu Verstößen gegen den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung (non-refoulement) führen, da Migrant_innen, Flüchtlinge und Asylsuchende möglicherweise schweren Menschenrechtsverletzungen in Marokko ausgesetzt wären. Sollte der Gesetzesentwurf einschließlich der Änderungen des Einwanderungsgesetzes angenommen werden, wäre dies zudem ein Verstoß gegen das Verbot von Kollektivausweisungen und für Opfer von Menschenrechtsverletzungen eine Verletzung ihrer Rechte auf einen wirksamen Rechtsbehelf und Entschädigung.

Damit das neue Gesetz Anwendung finden kann, muss es noch vom spanischen Senat verabschiedet werden. Der Senat soll im Februar 2015 über den Gesetzesentwurf entscheiden. Vor der endgültigen Abstimmung wird der Entwurf vor dem Ausschuss für innere Angelegenheiten des Senats diskutiert, der die Möglichkeit hat, Änderungen vorzunehmen. Protestschreiben dagegen s. unter amnesty.

Quelle: http://www.amnesty.de 07.01.2015 ■

Debatte über CSU-Vorstoß für schnellere Asylverfahren läuft weiter

Der CSU-Vorstoß für ein beschleunigtes Asylverfahren findet Zuspruch bei den Kommunen. Bei den Grünen und der SPD kommt die Forderung gar nicht gut an. Die SPD in Bayern wirft der CSU Populismus im Schatten der Pegida vor.

Der CSU-Vorstoß für ein beschleunigtes Asylverfahren findet Zuspruch bei den Kommunen. „Der Deutsche Städte- und Gemeindebund spricht sich für eine weitere Beschleunigung der Asylverfahren aus”, sagte Städtebund-Chef Gerd Landsberg der Rheinischen Post in Düsseldorf. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern müssten zugleich auch abgeschoben werden können. Nordrhein-Westfalens Innenminister Jäger (SPD) zeigte sich gegenüber beschleunigten Asylverfahren ebenfalls offen. Kritik kam dagegen von den Grünen, der SPD und der katholischen Kirche.

Landesberg betonte, die Bundesländer seien in der Pflicht, die neuen gesetzlichen Regelungen auch konsequent umzusetzen. Dann könne Bürgerkriegsflüchtlingen noch besser und effektiver geholfen werden.

NRW-Innenminister für schnelle Verfahren

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, sprach sich in Die Welt dafür aus, dass Asylbewerber möglichst rasch Deutsch lernen können. Wichtig sei auch, dass ihre Schulabschlüsse schnell anerkannt würden, fügte er hinzu. Zuwanderer seien keine Konkurrenz für Langzeitarbeitslose und nähmen diesen keine Arbeitsplätze weg, betonte der BA-Chef. Sie kämen oft gut qualifiziert und mit hoher Motivation hierher.

NRW-Innenminister Jäger sagte der Rheinischen Post: „Es ist im Interesse aller, dass Asylverfahren zügig ablaufen.“ Das liege auch im Interesse der Flüchtlinge, die berechtigterweise in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchten. Der Bund müsse jetzt „seiner Ankündigung Taten folgen lassen und für straffere Verfahren und mehr Personal beim für Asylverfahren zuständigen Bundesamt sorgen”.

Beck äußert verfassungsrechtliche Bedenken

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, äußerte indessen verfassungsrechtliche Bedenken, falls der Rechtsweg bei Asylverfahren beschnitten werde. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte an, dass die Verfahren bis zur ersten Entscheidung künftig nicht mehr länger als drei Monate dauern sollten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet in diesem Jahr mit bis zu 230000 Asylanträgen.

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, wies die Forderung der CSU zur schnelleren Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern zurück. „Pauschale Lösungen lehnen wir als Kirchen ab, denn das Asylrecht ist bezogen auf den einzeln”, sagte Marx am Samstag in Berlin dem rbb-Inforadio. Die von der CSU vorgenommene Unterscheidung in Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge sei wenig hilfreich, eine genaue Trennlinie sei nie zu ziehen. Der Münchner Erzbischof forderte „vernünftige Einwanderungspolitik” für Deutschland.

SPD wirft CSU Populismus vor

Die CSU verteidigte ihren Forderungskatalog: „Wir setzen uns für eine klare und ausgewogene Asylpolitik ein”, sagte CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt der Passauer Neuen Presse. Wer Hilfe brauche wie die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die teils unvorstellbares Leid erlebt hätten, müsse sie zügig bekommen. Wer kein Recht auf Asyl in Deutschland habe, müsse das Land ebenso zügig wieder verlassen.

Das CSU-Konzept zur Reform von Asylverfahren soll bei der bevorstehenden Klausurtagung der Landesgruppe in Wildbad Kreuth beschlossen werden. „Wir fordern, klarer zwischen wirklich Schutzbedürftigen, wie den Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak, und denen, die dieses Schutzbedürftigkeit nur vorgeben, zu unterscheiden”, zitiert die Rheinische Post aus dem Papier.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion warf der CSU vor, mit ihrer Forderung nach schnelleren Asylverfahren gezielt am rechten Rand zu fischen. Gerade jetzt, wo sich ein breiter Konsens in der Gesellschaft

Wir treten ein! – Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin-III.

Flüchtlinge befinden sich in Europa in einem brutalen Überlebenskampf. In Ländern wie Italien oder Griechenland leben Flüchtlinge als Obdachlose auf der Straße, in Parks oder Abbruchhäusern. Sie müssen betteln, um ihr Überleben zu sichern und sind schutzlos gegen Gewalt und rassistische Übergriffe. Einige EU-Staaten – wie Malta, Bulgarien oder Ungarn – inhaftieren neu einreisende Flüchtlinge systematisch. Wer es schafft, den Haftlagern und Elendsquartieren zu entkommen und nach Deutschland weiterzufliehen, muss mit seiner umgehenden Rückschiebung in diese Länder rechnen. Grundlage ist die Dublin-III-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren in der EU regelt.

Das Dublin-System ist unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich. Die desolate Situation der Flüchtlinge in vielen EU-Ländern ist das Ergebnis einer unsolidarischen Asylpolitik. Denn die EU hat den Reiseweg eines Flüchtlings zum maßgeblichen Zuständigkeitskriterium erhoben: Der Staat ist zuständig, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. Nach den Interessen der Flüchtlinge, ihren Existenzmöglichkeiten oder Integrationschancen wird dabei nicht gefragt. Ziel dieser Politik ist es, den Druck auf die EU-Staaten an den Außengrenzen hoch zu halten. Es gilt: Wer die Grenzen nicht abriegelt und Flüchtlinge durchlässt, muss am Ende die Verantwortung für die Flüchtlinge übernehmen. Die Folge ist, dass die EU-Staaten an den Außengrenzen die Grenzen abriegeln und Flüchtlinge brutal abwehren – oftmals unter Einsatz von illegalen Zurückweisungen (Push-Backs).

Wir treten ein für Menschen, die jahrelange Fluchtodysseen hinter sich haben, die nie ankommen durften und immer wieder wie Stückgut zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden. Wir fordern ein Ende der Abschiebungen in Elend und Hoffnungslosigkeit und den Selbsteintritt der Bundesrepublik. Wir wenden uns gegen die europäische Verantwortungslosigkeit der Dublin-IIIVerordnung und rufen dazu auf, Flüchtlinge aktiv zu schützen. Für diejenigen, die bereits einen Schutzstatus in einem EU-Land erhalten haben, muss die Freizügigkeit in der gesamten EU gewährleistet werden. Wenn ein Überleben trotz Schutzstatus in einem EU-Staat nicht möglich ist, muss ein Umzug in einen anderen EU-Staat ohne Verlust des Schutzstatus möglich sein.

WIR TRETEN EIN:

Für faire Asylverfahren – gegen Dublin-Abschiebungen!

Deutschland kann das Asylverfahren auch dann durchführen, wenn eigentlich ein anderer EUStaat zuständig wäre. Dies ermöglicht das Selbsteintrittsrecht nach der Dublin-III-Verordnung. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Verantwortung für Schutzsuchende zu übernehmen, die aus einem anderen EU-Staat nach Deutschland weiterfliehen, weil sie dort nicht leben können. Die Dublin-Abschiebungen sind umgehend auszusetzen!

Für das Recht auf freie Wahl des Asylortes!

Die bislang lediglich technokratischen Zuständigkeitsregelungen des Dublin-Systems müssen grundlegend verändert werden. Derjenige Staat sollte für ein Asyl verfahren zuständig sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Dieses Prinzip der freien Wahl des Asylortes ist auf EU-Ebene rechtlich zu verankern. Etwaige Ungleichgewichte können durch Finanzmittel ausgeglichen werden.

Für Freizügigkeit für international Schutzberechtigte!

Flüchtlinge mit einem Flüchtlings- oder subsidiären Schutzstatus müssen nach Abschluss des Asylverfahrens wie Unionsbürger mit dem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ausgestattet werden, damit sie sich überall in der Europäischen Union niederlassen können. Appell: Wir treten ein! – Unterzeichnende Organisationen

www.wir-treten-ein.de

Bayerischer Flüchtlingsrat, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Flüchtlingsrat Berlin, Flüchtlingsrat Brandenburg. Flüchtlingsrat Bremen & Zuflucht – Ökumenische Ausländerarbeit, Flüchtlingsrat Hamburg, Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Flüchtlingsrat NRW, Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Flüchtlingsrat Thüringen, Deutsche Sektion des IPPNW, Diakonie Hessen, Evangelischer Regionalverband Frankfurt/M., Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA), Hessischer Flüchtlingsrat, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland, Neue Richtervereinigung e.V., Sächsischer Flüchtlingsrat

Quelle: Pro Asyl, 12.01.2015 ■

Unterstützt wird der Appell unter anderem von den Toten Hosen, dem Schauspieler Benno Fürmann und dem Sänger Dirk von Lowtzow (Tocotronic).

Mit der Kampagne treten wir für ein Ende der Dublin-Abschiebungen und für einen Wandel der EU-Flüchtlingspolitik ein. Wir fordern: Free Choice statt Schutzlotterie!

„Ich trete ein für eine Asylpolitik, die Flüchtlinge schützt und nicht wie Kriminelle behandelt – solange EU-Mitgliedsstaaten Menschenrechte für Schutzsuchende ausklammern, darf in diese Länder nicht rücküberstellt werden" – *Benno Fürmann, Schauspieler*

„Ich trete für eine menschenwürdige Asylpolitik ein, weil ich die tödliche Abschottungspolitik der EU und die Abschiebungen ins Elend absolut unerträglich finde."" – *Campino, Die Toten Hosen*

„Menschen, die zu uns fliehen, haben das Recht auf Schutz und menschenwürdige Aufnahme. Deswegen trete ich für eine Asylpolitik ein, die diesen Namen auch wirklich verdient."" – *Breiti, Die Toten Hosen*

„Ich bin strikt gegen eine Verschärfung des Asylrechts und wünsche mir endlich eine menschenwürdige Asylpolitik. Arbeitsverbote, Einreisesperren und Abschiebehaft müssen abgeschafft werden.""" – *Dirk von Lowtzow, Tocotronic*

Der Appelltext und die Liste aller unterzeichnenden Organisationen ist zu finden unter: www.wir-treten-ein.de

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 15.01.2015 ■

für die Aufnahme von Flüchtlingen und gegen rechtspopulistische Initiativen wie „Pegida" bilde, reagiere die CSU nach altbekannten Verhaltensmustern und schwenke nach rechts, sagte die SPD-Sozialpolitikerin Angelika Weikert dem epd. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de/2015/01/06 ■

Unterbringung in KZ-Baracke ist geschmacklos

„Die Stadt Schwerte muss ihre Pläne zur Unterbringung von Flüchtlingen in einer ehemaligen Aufseherbaracke des KZ-Außenlagers Schwerte-Ost dringend zurücknehmen. Für die geplanten 21 Plätze lassen sich im Kreis sicher auch andere Unterbringungsmöglichkeiten finden" erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die ihren Wahlkreis in Dortmund hat. Die Abgeordnete weiter:

„Dass die Baracke bereits vor zwanzig Jahren als Unterkunft für Asylbewerber diente und danach unterschiedliche weitergenutzt wurde, ist ein schlechter Rechtfertigungsversuch der Stadtverwal-

tung. Die Unterbringung von Asylsuchenden in Massenunterkünften wird von Betroffenen und Flüchtlingsorganisationen seit vielen Jahren kritisiert. Die Unterbringung dort ist entwürdigend, sie nimmt den Menschen ihre Persönlichkeit und lässt ihnen keinen Raum zur Entfaltung. Eine solche Form der Unterbringung ausgerechnet dort vorzunehmen, wo die Persönlichkeit von Menschen gezielt gebrochen wurde, Ungehorsam mit willkürliche Gewalt und Mord beantwortet wurde und viele Insassen durch Arbeit und Auszehrung starben, ist einfach nur zynisch und geschichtsvergessen.

Es ist vielmehr ein Gebot von Menschenwürde und einer integrativen Aufnahme von Asylsuchenden, alle Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung in Wohnungen auszuschöpfen. Dieser Weg, wie er auch in Dortmund oder Leverkusen gegangen wird, sollte auch in Schwerte zum Standard werden.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag ■

Neues Hamburger Bündnis gegen Rassismus gegründet

Never mind the papers – Recht auf Stadt für alle!*

„Seit fast zwei Jahren kämpft die Gruppe Lampedusa in Hamburg schon um ihr Bleiberecht, auch andere Refugee-Gruppen in und um Hamburg, u.a. aus dem Lager Horst und der Schnackenburgsallee haben sich organisiert, um für die Verbesserung ihre Lebensverhältnisse zu kämpfen. Das Bündnis Recht auf Stadt – never mind the papers! als Zusammenschluss verschiedener Refugee- und Unterstützer*innengruppen will – auch angesichts der Hamburger Bürgerschaftswahlen – mit Aktionen und einer großen Demonstration am 31.1.15 (13 Uhr Landungsbrücken Hamburg) auf die bestehenden Probleme aufmerksam machen und fordert:

Bezahlbaren Wohnraum für alle! Arbeitserlaubnis für alle!

Abschiebesystem abschaffen!“

Quelle: http://nevermindthepapers.noblogs.org/ 05.01.2015 ■

Entzug des Personalausweises ist unverhältnismäßig und nutzlos

„Der geplante Entzug des Personalausweises ist im Kampf gegen den Terrorismus unverhältnismäßig und nutzlos“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage.

Jelpke weiter:

„In den letzten drei Jahren sind den Sicherheitsbehörden gerade einmal 20 Personen bekannt geworden, die trotz Entzug des Reisepasses und einer Verfügung, Deutschland nicht zu verlassen, ausgereist sind.

Diese geringe Zahl kann die Absicht, nun auch noch den Personalausweis einziehen zu können, nicht rechtfertigen. Die Maßnahme wird ohnehin nichts nützen: Wer illegal ausreisen will, kann daran kaum effektiv gehindert werden.

Nicht vernachlässigt werden darf aber das Stigmatisierungspotential. Die Bundesregierung kündigt in ihrer Antwort an, das Ersatzdokument solle optisch an den Reisepass angelehnt sein, aber „farblich anders gestaltet werden“. Wer ein solches Papier vorlegt, ist auf Anhieb als ‚Terrorverdächtiger‘ gebrandmarkt. Die Ausstellung eines Ersatzdokuments soll ohne richterliche Anordnung erfolgen. Ein Richtervorbehalt wäre aber aus rechtsstaatlicher Sicht das Mindeste. Generell halte ich einen solchen Eingriff aber nicht für verhältnismäßig.

Der Terrorismus muss bekämpft werden – aber dafür reichen die bestehenden gesetzlichen Maßnahmen aus. Aufs Blaue hinein Gesetze zu beschließen, die nur Generalverdacht und Stigmatisierung befördern, ist eine zu große Einschränkung der demokratischen Grundrechte.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

Ver.di-Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe

Nach den Berichten über die Misshandlung von Asylbewerbern in nordrheinwestfälischen Flüchtlingsheimen haben die ‚Tarifkommissionsmitglieder Sicherheitsdienstleistungen‘ von vier ver.di-Landesbezirken eine Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe beschlossen. Sie fordern Ombudsleute, interne funktionierende Frühwarnsysteme und vor allem eine Aufstockung der Budgets für eine ausreichende Personalbemessung. „Für die Missachtung von Menschenrechten und das Vergreifen an der vermeintlich schwächsten Gruppe in unserer Gesellschaft gibt es keine Entschuldigung. Für rassistisch motivierte Gewalt ist bei uns im Sicherheitsgewerbe und auch in anderen Berufsgruppen kein Platz.“

Die Resolution: „Kein Platz für Rassismus im Bewachungsgewerbe – Bessere Bedingungen für Flüchtlinge und Beschäftigte” im Wortlaut: http://bit.ly/1sivXVR

Quelle: http://www.migration-online.de 01_2015 ■

Arbeitsmarktintegration für Flüchtlinge

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt die Absicht der Landesregierung, die Bemühungen um eine frühzeitige Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) durch die Bereitstellung von zusätzlichem Geld und Personal voranzutreiben.

Flüchtlinge benötigen – wie andere Migrantinnen und Migranten auch – Unterstützung und Hilfen von Beginn an. Es ist gut, wenn Flüchtlinge zukünftig sofort von der Arbeitsagentur als Kund_innen erfasst und beraten werden. Die in Niedersachsen bestehenden Netzwerke zur Integration von Flüchtlingen und Geduldeten in den Arbeitsmarkt (siehe azf2.de, fairbleib und NetwIn2) werden diesen Prozess auch weiterhin praktisch und politisch begleiten.

Im Rahmen der Erstaufnahme kann es in den vier Aufnahmeeinrichtungen des Landes zunächst nur darum gehen, die Flüchtlinge über die bestehenden Möglichkeiten zu informieren und eine Überleitung an die Arbeitsagenturen bzw. Optionskommunen vor Ort zu gewährleisten. Gerade weil Asylsuchende von den regionalen Arbeitsagenturen nicht systematisch erfasst werden, ist es wichtig, dass die Arbeitsmarktberatung bereits während der Erstaufnahmeeinrichtung in den ersten drei Monaten stattfindet. Der Bund ist aufgefordert, endlich als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktvermittlung eine Sprachförderung für alle Asylsuchenden zu gewährleisten. Es mutet absurd an, dass Migrantinnen und Migranten zum Besuch eines Sprachkurses rechtlich verpflichtet werden können und ggfs. wegen Nichterfüllung dieser Pflicht bestraft werden, während Asylsuchenden weiterhin der Besuch dieser vom Bund finanzierten Integrationskurse verwehrt wird.

Neben einer systematischen Sprachförderung benötigen Flüchtlinge eine Anerkennung ihrer Ausbildungsabschlüsse, Anpassungsqualifizierungen und eine begleitende Beratung. Nicht jeder Flüchtling wird sofort in Förderprogramme einsteigen können: Traumatisierten und kriegsverletzte Flüchtlinge müssen eine angemessene Therapie und Behandlung erhalten. Wichtig ist schließlich auch der Hinweis von Minister Lies, dass Flüchtlinge für die Dauer einer Ausbildung auch eine aufenthaltsrechtliche Sicherheit brauchen.

Kai Weber
Quelle: Presseinformation Flüchtlingsrat Niedersachsen 12.01.2015 ■

Quelle: http://www.evangelische-zeitung-niedersachsen.de 09.01.2015 ■

Sebastian Friedrich: Der Aufstieg der AfD

Neokonservative Mobilmachung in Deutschland



Die Alternative für Deutschland (AfD) hat seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 erstaunliche Erfolge erzielt: Sie zieht in ein Parlament nach dem anderen ein und scheint auf dem besten Weg, die politische Landschaft nachhaltig zu verändern. Wie ist der schnelle Aufstieg der AfD zu erklären? Wer sind die Akteure und was sind ihre Ziele? Welche Entwicklung hat die Partei bisher genommen und wohin steuert sie? Wer wählt und unterstützt die AfD?

Das Buch geht diesen Fragen in kompakter Form nach und analysiert das Bestreben der AfD, das traditionell gespaltene Spektrum rechts von der Union zu einen – denn Rechtskonservative, National-Neoliberale, Rechtspopulisten und Neue Rechte finden hier ihren Platz. Als rechte Sammlungspartei hätte die AfD denn auch Chancen, sich dauerhaft im Parteienspektrum zu verankern. Gelingt ihr das, erhöht sich die Gefahr eines gesellschaftspolitischen Rollbacks und einer weiteren Radikalisierung des neoliberalen Kapitalismus.

Der Autor

Sebastian Friedrich, Jahrgang 1985 und lebt in Berlin. Er ist Redakteur des Onlinemagazins „kritisch-lesen.de“ und veröffentlicht regelmäßig u.a. in „analyse & kritik“. Derzeit promoviert er in Bildungswissenschaften zum Arbeitslosigkeitsdiskurs in der Bundesrepublik seit 1949. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Sozialstaatsdiskurse, Abwertung von Arbeitslosen, Kritische Soziale Arbeit, Antimuslimischer Rassismus, Migration und Arbeit sowie Diskursanalyse. 2013 gab er gemeinsam mit Patrick Schreiner den Sammelband „Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa“ (edition assemblage) heraus. 2011 erschien von ihm der Sammelband „Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹“ (edition assemblage).

Sebastian Friedrich: Der Aufstieg der AfD – Neokonservative Mobilmachung in Deutschland
Politik aktuell 1
112 Seiten, 13 Fotos, Paperback, 10,5 x 14,8 cm
Artikelnummer 978-3-86505-731-0
Erscheint am 21. Januar 2015
7,90 EUR; Ab 10 Euro in der BRD versandkostenfrei!

Rechtspoulismus ist keine Alternative

Broschüre zur Kritik der AfD

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) konstituiert sich seit Februar 2013 eine rechtspopulistische Partei in Deutschland, bei der „Nationalismus nicht der Anstrich […] sondern Kern der Politik ist. Nach den nicht erfolgreichen Anläufen zur Bundestagswahl sowie zur Landtagswahl in Hessen wurde spätestens mit dem Einzug der Partei in die Landtage in Thüringen (10,6%), Sachsen (9,7%) und Brandenburg (12,2%) im Jahr 2014 deutlich, dass es sich bei der AfD leider nicht um eine jener rechten Splitterparteien handelt, deren politische Bedeutung unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde verbleibt.



Im Gegenteil: Die AfD ist eine problematische Erscheinung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Sie versucht die rechtspopulistische Lücke in Deutschland zu füllen, die in vielen europäischen Staaten rechten Parteien beträchtliche Erfolge bereitet hat und die politische Landschaft in diesen Ländern erschüttert hat. … Mit der anstehenden Bürgerschaftswahl in Hamburg möchte die AfD nun erstmals erfolgreich in ein westdeutsches Länderparlament einziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auch in Hamburg unverkennbar die rechte Karte ausgespielt.… (Es) ist zu erwarten, dass die AfD in Hamburg ihren Wahlkampf für Law-and-Order Politik und die Hetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen nutzen wird. Der beabsichtigte Einzug in die Hamburger Bürgerschaft ist für die AfD wichtig: Gelingt es der Partei nicht, in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen, befürchten die RechtspopulistInnen, dass ihre Partei auch bei den Wahlen zu anderen westdeutschen Landtagen scheitern könnte. Als Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) war es uns daher ein besonderes Anliegen, bereits im Vorfeld der Wahl verschiedene Politikbereiche und Strukturen der rechtspopulistischen Partei unter die Lupe zu nehmen. Mit der Erstellung dieser Broschüre verfolgen wir im Wesentlichen zwei Ziele:

- Zum einen wollen wir hilfreiche Informationen zu politischen Positionen und FunktionärInnen der AfD liefern.
- Zum anderen wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass es der rechtspopulistischen Partei nicht gelingt, in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen. …

Daher freuen wir uns besonders, dass wir viele renommierte AutorInnen für die Erstellung dieser Broschüre gewinnen konnten, die unterschiedliche Facetten der AfD-Politik beleuchten und diskutieren. Den AutorInnen, aber auch den MitherausgeberInnen sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt!

Euer Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR)
Aus dem Vorwort

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Wir sind nicht „Charlie"

Junge Freiheit Nr. 4/15 vom 16. Januar 2015

Die Terrormorde in Frankreich sind für das Blatt willkommener Anlass, die langjährige Islamfeindlichkeit noch einmal zu betonen: „Die Sprachregelung, das Attentat auf die Charlie-Hebdo-Redaktion sei ein ‚Angriff auf die Pressefreiheit' soll ebenso wie die wütende Stigmatisierung der Pegida-Demonstrationen vom Kern der Herausforderung ablenken. Es geht in der Auseinandersetzung mit dem militanten Islamismus nicht um die Grenzen der Meinungsfreiheit, sondern um die Souveränitätsfrage. Wer bestimmt die Regeln? Wie weit lassen sich die europäischen Nationen zwingen, ihre eigenen Regeln außer Kraft zu setzen und die Regeln des politischen Islamismus zu übernehmen, um aus der Landnahme eine Machtergreifung zu machen?" Es ist schon eine sehr diffamierende, weit von der Wirklichkeit entfernte Argumentation, aus der Tatsache, dass in Europa ca. 5% Prozent Menschen muslimischen Glaubens leben, eine Einverleibung zu machen und das Menetekel einer illegitimen Regierungsübernahme durch Islamisten an die Wand zu malen. Diese Argumentation kann nur teilen, wer die Nation über alle Errungenschaften der demokratischen Entwicklungen seit der französischen Revolution stellt. So wird ist dann die Meinungsfreiheit nachrangig zur Souveränität. Wer einwandert, hat sich rigoros zu assimilieren, meint das Blatt: „Wer nicht einzelne Moslems einwandern lässt und von ihnen ohne Wenn und Aber die Unterordnung unter die Spielregeln des Aufnahmelandes und seiner Zivilisation fordert, sondern ‚den Islam' als Kollektiv einbürgern will, der sprengt die Grundlagen des Gemeinwesens. (…) Ob Europa mit der islamistischen Herausforderung fertig wird, ist daher weniger eine Frage der Sicherheitspolitik, sondern eine des eigenen Selbstbehauptungswillens. Wir sind nicht ‚Charlie', wir sind Deutsche, Franzosen, Briten – Europäer." Wer will eine Religion als „Kollektiv" einbürgern? In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gilt die Religionsfreiheit – für alle dort lebenden Menschen. Es gibt keine „Spielregel", die vorschreibt, ob und welcher Religion jemand angehören will. Die Zeiten, in denen der Fürst die Religionszugehörigkeit seiner Untertanen bestimmte, sind seit der Überwindung des Feudalismus vorbei. Interessant ist die Aufzählung der Menschen, die Europäer sein dürfen nach Auffassung des Blattes – Italiener, Österreicher, Bulgaren, Letten, Iren, Spanier … sie gehören alle nicht dazu.

Abschotten und nur die Besten auslesen

Junge Freiheit Nr. 3/15 vom 9. Januar 2015

Die Zahl der Menschen, die nach Europa flüchten, nimmt rasant zu. Für das penetrant fremdenfeindlich Blatt ist das Anlass, noch einmal darzustellen, was aus seiner Sicht die wirklichen Ursachen für die Flucht sind: „Der aktuelle Asylansturm auf Deutschland und Europa ist keine Invasion der Elenden: Es sind die Wohlhabenderen in den Herkunftsländern Nordafrikas und des Vorderen Orients, die sich die exorbitanten Preise der Schleuser, Schlepper und Menschenhändler überhaupt leisten können und ihr Erspartes in die Hoffnung auf einen Brückenkopf im reichen und sicheren Europa investieren. Gäbe es diese Hürde nicht, wäre die unkontrollierte Vervielfachung des Ansturms die Folge, der die Aufnahmefähigkeit der Gesellschaftssysteme der Zielländer überfordern und offene Feindseligkeit unter ihren ursprünglichen Einwohnern hervorrufen würde, warnte kürzlich der britische Ökonom Paul Collier in seiner nüchternen Bestandsaufnahme." Die Schlussfolgerung des Blattes ist einfach und offen völkerrechtswidrig: „Solange nationale und europäische Grenzschutzmissionen auf See aufgegriffene illegale Einwanderer nicht an die afrikanische oder türkische Küste zurücktransportieren, sondern selbst auf den letzten Kilometer europäischen Boden bringen, heizen sie das Geschäft der Schleuser und Schlepper noch zusätzlich an." Die Antwort der demokratischen Kräfte darauf ist, die Grenzen für Menschen in Not zu öffnen – dann wären keine Schlepper nötig. Das Rezept des Blattes ist, jede Einwanderung nur in einem kontrollierten Verfahren zuzulassen, das die Auslese derjenigen sicherstellt, die sich anpassen und deren Arbeitskraft gebraucht wird.

AfD – Vorbereitung auf Wahlen

Junge Freiheit Nr. 2, 3, 4 – Januar 2015

Die Auseinandersetzung in der AfD um die Frage, ob die Partei künftig weiterhin drei oder nur einen Vorsitzenden hat, beobachtet das Blatt mit Sorge, unterstützt aber indirekt Bernd Lucke: „Bernd Lucke … fordert, dass es künftig nur noch einen Parteichef geben soll. Das ist plausibel, denn anders wird eine große Organisation schwer zu führen sein." Inzwischen hat sich der AfD-Vorstand auf einen begrenzten Kompromiss geeinigt – ob er dafür die notwendige Zweidrittel-Mehrheit auf dem Parteitag erreichen kann, ist ungewiss. Für das Blatt steht großes auf dem Spiel: „Andererseits stellt sich wie bei Pegida auch bei der AfD die Frage: Wollen diese unterschiedlichen Bewegungen einfach nur eine sich uferlos vergrößernde ‚Speaker's Corner' sein … oder kommt es zu programmatischen Klärungen einer Politik der Vernunft, für die die AfD stehen will? Auch hier ist bei der AfD Führung notwendig. Die rivalisierenden Akteure tragen eine historische Verantwortung."

Inhaltlich streitet sich die AfD darüber, wie sie mit Pegida, der Ausländer- und Asylpolitik umgehen soll. Hans-Olaf Henkel hatte für den Hamburger Wahlkampf als Schwerpunkte „Vernunft, Anstand und Toleranz" ausgerufen, die Partei sackte in Umfragen unter die nötigen fünf Prozent. Das führte anscheinend auch bei Henkel zu Umdenken. Das Blatt berichtet: „Diese Entwicklung und das gleichzeitige Aufkommen der Pegida-Demonstrationen haben offenbar auch bei Henkel zu einem Umdenken geführt. Er tastet sich nun, wenn auch überaus vorsichtig, an die Themen Islamisierung und Asylproblematik heran. Der Tenor blieb dabei skeptisch."

uld ■